

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1.60**. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeitspalte oder deren Raum **15 Pfg.**, für Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 53.

Wittwoch, den 4. März 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Mazedonien und die Orientfrage.

Wp. Die russische offiziöse Presse verkündet für den laufenden Monat März einen großen Aufstand in Mazedonien. Man war in den russischen Regierungskreisen bis jetzt ganz außerordentlich gut unterrichtet über die Pläne der mazedonischen Komitees. Man wußte alles so gut im voraus, als wenn die Aktionen der mazedonischen revolutionären Organisationen in den Petersburger Regierungskreisen vorbereitet worden wären.

Die Verechtigung der mazedonischen Reformbewegung soll nicht bestritten werden, das ist eine Sache für sich. Eine andere Sache aber ist der Zusammenhang dieser Bewegung mit der russischen Orientpolitik.

Wenn der Zar für Völkerrfreiheit schwärmt, dann muß eine große Gemeinheit im Zuge sein. Was braucht sich die zarische Regierung über die türkische Mischwirtschaft zu entrichten? Die Zustände in Rußland selbst stehen vielfach noch hinter den türkischen zurück. Man sehe doch, wie schamlos und grausam die zarische Regierung die chinesische Bevölkerung in der annektirten Mandchurei ausrottete! Die Mordthaten der Kosaken am Amur sind grauenerregender, als die Raubzüge der türkischen Arnauten. Die Rechtslage der Juden in Rußland ist kaum besser als die der Christen in der Türkei. Wie man in Rußland freie Meinungsäußerungen niederprügelt, ist bekannt. Und gestohlen und geplündert wird in Rußland wie in der Türkei.

Die mazedonische Aufstandsbewegung genießt seit Jahren bulgarischen Schutz und russische Deckung. Die zarische Regierung verurtheilt öffentlich das Revolutionskomitee und unterstützt es im Geheimen. Bulgarien machte sogar dem Komitee auf Drängen der Türkei den Prozeß. Die Leiter der Bewegung wurden in Haft genommen. Und in der Untersuchungshaft genossen sie die größte Freiheit: erlebten ihre Korrespondenzen, unterhielten den regsten Verkehr mit ihren Agenten und ertheilten Interviews den Vertretern der russischen officiösen Presse, denen sie ohne Scheu haarklein ihre Pläne darlegten. Es wurde ihnen denn auch kein Härlein gekümmert. Wie denn auch in diesem Augenblick Rußland offiziell die Amnestie derselben „Aufwiegler“ verlangt, gegen deren Thun es soeben in den schärfsten Worten sich ausgesprochen hat.

Im Orient versteht man wohl die Doppelsprache der russischen Diplomatie. Wenn es z. B. um russischen officiellen Prozeß heißt: „Rußland werde nicht einen Tropfen Blutes seiner Söhne und nicht den kleinsten Theil des Erbes des russischen Volkes opfern, wenn die slavischen Staaten entgegen rechtzeitig ertheilten und besonnenen Rathschlägen durch revolutionäre und gewaltthätige Mittel eine Veränderung der bestehenden Ordnung auf der Balkanhalbinsel auszuführen sich entschließen sollten.“ — so wird das gelesen: „also in anderen Fällen doch, b. h. Rußland sei bereit, zu interveniren, also müssen Zustände geschaffen werden, um diese Intervention zu veranlassen, woraus sich ergibt: Rußland wolle den Aufstand!“ Und thatsächlich beruft sich denn auch die russische Regierung auf den Aufstand als Grund der Intervention. Und wenn Herr Lambsdorf die türkischen Provinzen bereift, als wäre es ein russisches Vasallenreich, so urtheilt die slavische Bevölkerung: „der Zar habe seinen Minister geschickt, um die Rechtgläubigen zum heiligen Krieg aufzumuntern.“ Die zarische Regierung weiß und will diesen Effekt. Das schließt nicht aus, daß sie ihre christlichen Schutzbefohlenen betrügt: es ist ihr nicht um die Reformen zu thun, sondern darum, die chaotischen Zustände des osmanischen Reichs noch zu steigern.

Die Reise des Grafen Lambsdorf hat erst die mazedonische Frage breit hingestellt und aktuell gemacht. Befieht man sich das nunmehr aufgestellte und auch schon bereits ergängte Reformprogramm, so überzeugt man sich, daß es aus lauter Palliativmitteln besteht, was die Schaffung einer modernen Selbstverwaltung für die Bevölkerung betrifft, aber sehr wirksam sein muß vom Gesichtspunkte einer weiteren Schwächung der Türkei. Dieser werden in Wirklichkeit nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Verfügung über die finanziellen und sogar über die Militärkräfte dieser Provinzen entzogen. Der alte Zustand wird zerstört und dem neuen von vornherein der Halt entzogen. So will Rußland das Land in einem Zustand der Zersplitterung und allgemeinen Schwäche erhalten, bis der Augenblick gekommen sein wird, wo es dort Ruhe und Ordnung schafft, wie im Barenreich.

Das gleiche Spiel in Serbien. Hier ging man sogar soweit, daß das Barenpaar persönlich der Hochpaplerin Draga gute Dienste leistete und ihr half, den Kretin Alexander gefangen zu halten. Es war eine ganz gemeine Spionhutenbetrieblung. Die Dynastie Obrenowitsch geht damit zu Ende, und damit zugleich kann die Frage der selbständigen Existenz dieses Staates aufgeworfen werden. Es ist kennzeichnend, daß die russische Diplomatie gerade in diesem Augenblick mit der mazedonischen Frage auch die Frage der serbischen Thronfolge auf die Tagesordnung bringt.

Man gewinnt den Eindruck, daß mit Absicht „die Orientfrage aufgerollt“ wird.

Kein Staat entwickelt eine so intensive Politik auf der Balkanhalbinsel wie Rußland. Ueberall hat da die zarische Regierung ihre Hand im Spiel. Sie zettelt Verschwörungen an, organisiert Aufstände, sie hält eine Bande Menschenmörder in ihrem Solde — alles nachgewiesene Thatfachen. In Armenien, auf Kreta, in Mazedonien, Serbien, Bulgarien, Montenegro, Griechenland, überall wird von der zarischen Diplomatie intriguirt und gewühlt, bald mit den Griechen gegen die Türken, dann mit den Türken gegen die Griechen, dann wieder umgekehrt, mit und gegen die Armenier, mit und gegen die Bulgaren, mit und gegen Mazedonien und so in Einem fort! Aber wenn es nicht gerade irgendwo zum Krachen kommt, sieht dem Europa mit schläfrigen Augen zu und rührt sich nicht. Man hat sich so in diesen Schlandrian hineingefunden, daß man glaubt, es könne gar nicht anders werden. Und doch ist es eher verwunderlich, daß solche anormale Zustände, wie sie auf der Balkanhalbinsel herrschen, sich so lange halten können.

Wir wiederholen: es ist zu unterscheiden zwischen den Nationalitäten- bezw. Freiheitskämpfen und den diplomatischen Wühlereien Rußlands und den anderen Staaten im Orient. Die Völker des Balkans leiden nicht nur unter der türkischen Herrschaft, sondern vielleicht nicht minder unter der europäischen Diplomatie. So ist die slavische Frage nur in der Linie eine Frage der Loslösung von der Türkei, in zweiter aber eine Frage der Gründung eines südslavischen Staats. Das letztere suchte Rußland bis jetzt ebenso sehr zu verhindern, wie es das erste förderte.

Was Rußland in Orient will, weiß man: Konstantinopel. Mit Unabhängigkeitskämpfen der kleinen Nationen im Balkan können wir sympathisiren, — die Frage des Besitzes von Konstantinopel aber, der dem Zarenthum eine ganz Europa beherrschende Stellung schaffen würde, ist, so lange der russische Absolutismus besteht, die ureigenste Frage des europäischen Proletariats.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 2. März 1903.

Der Reichstag bewies am Montag, daß Geschwindigkeit keine Hezerei ist: in wenig mehr als zweieinhalb Stunden bewältigte er den ganzen Rest des Postetats und den Etat der Reichsdruckerei noch obendrein. Reich troden und geschäftsmäßig verließ die Sitzung, die Präsident Graf Valleström mit einer Gratulation an ein achtzigjähriges Geburtstagskind auf der Rechten eröffnete. Die Klagen der Freilunglichen Eichhoff und Lenzmann betrafen im Wesentlichen Quisquilien; in der zottigen Männerbrust des erfigenannten Herrn scheint übrigens neben unentwegtem Freisinn und dem obligaten Männerstolz vor Königssternen eine große Hochachtung vor goldenen Egen und Schuiren und sonstigen kinderlischen Plag zu finden. Der Zentrumsmann Sittart sprach für bessere Sonntagsruhe der Unterbeamten und befürwortete Gummimantel für Briefträger.

Zu einer lebhafteren Debatte kam es nur, als unsere Fraktionsredner Zubeil und Singer das Wort ergriffen. Der erstere wies auf die schlechte Lage der Postillone hin, die speziell in Berlin in der letzten Zeit sich noch verschlimmert hat. Völlig freie Sonntage giebt es für diese Beamtencategorie überhaupt nicht mehr, die bei dem kärglichsten Lohn allen Unbilden des Windes und Wetters preisgegeben ist. — Einen Vorgang von großer prinzipieller Bedeutung behandelte Genosse Singer. Die Postverwaltung hat in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes Terrain zu unerhört hohem Preise gekauft. Die Budgetkommission hat mit Einmuthigkeit die Kaufsumme als viel zu hoch bezeichnet; der Verkäufer hat sich alsdann die Sache noch einmal überlegt und hat sich, um das gute Geschäft nicht ganz zu verlieren, nicht unbeträchtliche Abstriche gefallen lassen. Singer nahm nun die Gelegenheit wahr, um die Postverwaltung ganz energig an ihre Pflicht zu erinnern, bei Terrrainkäufen mehr das Interesse des Reichsfiskus, als die Mehrgewinn der unverbildeten Zuwachsrente Privater im Auge zu behalten. Röhigenfalls lassen sich allzu hartnäckige Frontsoldaten mit Hilfe des gesetzlichen Expropriationsverfahrens mühe machen. — Der Etat der Reichsdruckerei, die vom Reichspostamt reorganisirt, gab zu Debatten gar keine Veranlassung. — Am Diensttag stehen — neben Petitionen — der Etat des Reichseisenbahnamtes sowie des Reichsinvalidenfonds auf der Tagesordnung.

271. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Krätke.

Präsident Graf Valleström gratulirt im Namen des Hauses unter allseitigem lebhaftem Beifall dem Abg. v. Winterfeld-Mentha (R.) — dessen Plag mit einem großen Blumenstrauß geschmückt ist — zu seinem 80. Geburtstag.

Die zweite Lesung des Postetats wird fortgesetzt beim Kapitel Betriebsverwaltung.

Nach unerheblichen Erörterungen zwischen dem Abg. Eichhoff (Fp.) und dem Staatssekretär Krätke über die Verleihung bezw. Nichtverleihung des Titels „Rechnungsrath“ an Postbeamte erklärt

Lenzmann (Fp.), daß zwar nicht der Staatssekretär des Reichspostamts, wohl aber der Reichsschatzsekretär das nicht gehaltene Versprechen in Bezug auf die Postassistentenstellen abgegeben habe.

Staatssekretär Kraetke bestritt die bindende Natur dieses Versprechens.

Sittart (Z.) tritt für erhöhte Sonntagsruhe für die Postunterbeamten ein und bittet um Gummimantel für die Briefträger.

Staatssekretär Kraetke sagt thunlichste Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche zu.

Eichhoff (Fp.): Die Beamten selbst sind anderer Meinung als Herr Singer über die goldenen Egen und Schnüre; ich möchte daher den Herrn Staatssekretär bitten, mit ihrer Verleihung so liberal wie möglich vorzugehen, auch nicht Leute wegen früher erlittener kleiner Ordnungstrafen davon auszuschließen. Redner regt an, daß die Postverwaltung sich mit gemeinnützigen Bauvereinen in Verbindung setzen möge, um ihren Beamten bessere und menschenwürdigeren Wohnungen zu verschaffen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Kraetke sagt thunliche Berücksichtigung der vorgetragenen Bitten und Anregungen zu.

Zubeil (SD.): Die Postillone hatten früher jede 6. bis 8. Woche einen ganz freien Sonntag. Jetzt aber giebt es auf Grund einer neuen Verfügung des Staatssekretärs auch nicht ein Postamt in Berlin mehr, wo die Postillone einen völlig freien Sonntag hätten. Die Postillone werden für ihren langen, harten und schweren Dienst höchst schlecht bezahlt — mit 2,50 Mk. pro Tag; bisher haben sie sich von diesem kärglichen Lohn sogar noch ihre Mäntel angeschaffen müssen. — Es wird Beschwerde darüber geführt, daß auf alle Beamten beim Postamt 14 ein Druck ausgeübt wird, um sie zum Beitritt zum Verein „Frauen- und Töchterhort“ zu nöthigen, durch den lediglich Töchter höherer Beamten unterstützt werden. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, diese Beschwerde zu prüfen. (Bravo! h. d. Soz.)

Staatssekretär Kraetke bestritt, eine Verfügung erlassen zu haben, durch die die Postillone schlechter als bisher gestellt worden sind, und tritt mehreren weiteren Beschwerden des Vorredners entgegen. Der Verein „Frauen- und Töchterhort“ jorgt auch für Unterbeamtentöchter; ist aber ein Druck ausgeübt worden, um zum Beitritt zu diesem Verein zu nöthigen, so muß ich das als ungebührlich bezeichnen.

Zubeil (SD.) hält die Behauptung, daß in einem Postamt — und zwar im Postamt Mödernstraße — ein achtztägiger Reservecdienst der Postillone bestehe, im vollen Umfang aufrecht.

Singer (SD.): Ich glaube, im Namen des ganzen Reichstags zu sprechen, wenn ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß endlich das Anfangsgehalt der Landbriefträger von 700 auf 800 Mk. erhöht wird. (Bravo!)

Das Kapitel wird hierauf bewilligt.

Bei „Stellenzulagen“ begrüßt Abg. Eichhoff (Fp.) die Verbesserung der Stellenzulagen für Oberpostassistenten und Ober-Telegraphenassistenten und hofft, daß darin fortgeschritten werde.

Beim Titel „Postagenten“ theilt Staatssekretär Kraetke mit, daß in Einzelfällen an in Noth gerathene Postagenten eine jährliche Unterstützung bis zu 250 Mk. gewährt werde.

Der Titel wird darauf bewilligt, ebenfalls debattelos der Rest des Ordinariums.

Beim „Extraordinarium“ hat die Kommission von den 330 500 Mk., die als zweite Rate für die Erwerbung eines zu Postweden bestimmten Grundstückes am Schlesischen Bahnhof in Berlin gefordert werden, 20 000 Mark abgesetzt, weil der Preis ihr verhältnismäßig zu hoch erschien.

Staatssekretär Kraetke: Es ist mir nach der Monirung seitens der Budgetkommission gelungen, eine Ermäßigung auf 235 000 Mk. zu erzielen. (Reb. hört, hört!) Nachdem somit dem Wunsche der Kommission Genüge geschieht ist, bitte ich das Haus, den ursprünglichen Antrag zu bewilligen.

Eichhoff (Fp.) stellt in seiner Eigenschaft als Kommissionsberichterfasser den entsprechenden Antrag.

Singer (SD.): So sehr ich mich auch über die Erklärung des Herrn Staatssekretärs freue, so muß ich doch bitten, es bei dem Vorschlage der Kommission bewenden zu lassen. Mit einer eher besseren Sache würdigen Energie hat die Postverwaltung auf dem Anlauf des Grundstückes zum vorge schlagenen Preis bestanden, dessen exorbitante Höhe den Sachverständigen in der Verwaltung nicht entgangen sein kann: Erst das einflussreiche Wort der Kommission hat die Verwaltung zur besseren Erkenntniß gebracht. Der Vorgang, mit dem wir es hier zu thun haben, steht leider nicht vereinzelt da. In der heutigen Gesellschaft kann man es den Grundstückbesitzern nicht verdenken, wenn sie ihren Profit machen wollen. Es ist aber nicht Aufgabe der Verwaltung, durch williges Eingehen auf exorbitante Forderungen den Prozeß der Werthsteigerung des Grund und Bodens zu beschleunigen. Es würde sich vielleicht empfehlen, wenn die Verwaltung durch zuverlässige Leute ihre Terrrainkäufe vornehmen läßt, damit, daß die Verkäufer nicht wissen, auf wessen Rechnung der Kauf geschieht. Um so mehr möchte ich dagegen vor einem Vorgange warnen, der unter dem Vorgänger des jetzigen Staatssekretärs nicht vereinzelt vorgekommen ist, nämlich davon, durch bestimmte Personen Terrain anzukaufen zu lassen und es diesen dann mit einem nicht un erheblichen Aufschlage wieder abzunehmen. (Beifall h. d. Soz.)

Staatssekretär Kraetke: Der Rath des Herrn Vor-

redners ist ganz gut, aber leider nicht immer durchführbar; das Schlimme ist eben, daß das Publikum nur zu gut weiß, wo wir Terrain nötig haben. So befand ich mich auch bei jenem Terrain am Schließlichen Bahnhofe in einer Zwangslage. Schließlich haben die Verhandlungen in der Budgetkommission den Mann — der, wie ich wohl wußte, eine zu hohe Forderung gestellt hatte — nachgiebig gemacht; er wollte ein Geschäft von 1 1/2 Millionen Markt denn doch nicht verlieren, zumal er das Geld zu einem schon abgeschlossenen Terraingeschäft in Niederdorf brauchte.

Singer (S.) regt an, erforderlichen Falles die Terrains im Wege des Expropriationsverfahrens zu erwerben, um Ueberforderungen der Besitzer zu entgegen, die die Zwangslage der Verwaltung in eigenmächtigem Interesse ausbeuten wollen.

Die ursprünglich geforderte Summe wird hierauf unverändert genehmigt.)

Der Rest des Extraordinariums wird debattellös bewilligt.

Bei den Einnahmen lehnt Staatssekretär Fraetke den Wunsch des Abg. Weß (W.) auf Postfreiheit für Korrespondenzen der Handelskammern und auf Einführung der württembergischen Postanweisungen für das Reich ab, stellt aber eine Verbilligung der Fernsprechnetze nach Holland in Aussicht. Die Einnahmen werden bewilligt. Damit ist der Postetat erledigt.

Der Etat der Reichsdruckerei wird ohne Debatte bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Invaliden-Petitionen. Reichsinvalidenfonds. Etat des Reichseisenbahnamtes.

Schluß 3 1/2 Uhr.

# Parteigenossen! Gedenkt des Wahlfonds!

## Politische Mundschau.

**Deutschland.**  
Der Ruf nach dem Zuchthausgesetz wird von dem Unternehmertum aufs Neue erhoben. Auf der Konferenz des Deutschen Arbeitgeber-Schutzverbandes, die in voriger Woche in Berlin stattgefunden hat, wurde nach dem „Vorw.“ ein vollkommenes Einverständnis über die gegenseitige Unterstützung bei Ausfällen und Sperren erzielt. Es wurde ferner beschlossen, beim Reichskanzler die Verschärfung des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung, zumal das Verbot des Streikpostenstehens und des Behängens der Sperren über einzelne Betriebe zu verlangen. Dieser Unternehmerhochmuth muß uns bei der Reichstagswahl zu einem Verzweiflungskampf um das freie Koalitionsrecht führen.

Die sächsischen Wahlkartellbrüder haben nach dem zwischen ihnen abgeschlossenen Vertrage die sächsischen Reichstagswahlkreise wie folgt unter sich verteilt (Die Zahlen und Namen in der Kammer geben die Nummer des Wahlkreises und den derzeitigen Vertreter an): Der „Besitzstand der Nationalliberalen“ in Leipzig (12. Dr. Hoffe), Rochlitz-Flöha (15. Uhlemann) und Annaberg (21. Dr. Eise). Der „Besitzstand der Konservativen“ ist Lössau (2. Förster), Freiberg (9. Dr. Vertel), Olshag-Gräma (11. Hanke), Borna (14. Dr. von Frege) und Plauen (23. Zeidler). Der „Besitzstand“ der Deutsch-sozialen Reformpartei (Antihemiten) ist Sanger (3. Gräfe), Meißen (7. Säbel) und Pirna (8. Woye). Ueber die jetzt sozialdemokratisch vertretenen Kreise hat man wie folgt verfügt: Den Nationalliberalen ist zugewiesen: Bittau (1. Fischer), Leipzig-Land (13. Sager), Chemnitz (16. Schippel) und Glauchau (17. Sauer). In allen diesen Wahlkreisen repräsentierten noch 1898 die Nationalliberalen das Kartell. Den Konservativen ist zugewiesen worden: Dresden rechts der Elbe (4. Reber), Dresden-Land (6. Horst) und Reichenbach-Auerbach (22. Hoffmann). Der Deutsch-sozialen Reformpartei ist zugewiesen: Dresden links der Elbe (5. Dr. Gradmann). Der jetzige Abgeordnete sagte 1898 in der Erklärung gegen einen Konventionen. Die Letzteren sind als zurückgetreten. Dem Grunde der Landwirthe ist zugewiesen: Zwitau (18. Stolle). Der 1898er Kartellverband war ein Konservativer. Die Letzteren sind als zurückgetreten. Sobers erhält der Bund: Schneeberg (19. Seifert). 1898 war der Kartellverband ein Reform. Aufrecht des Kartells steht der 10. Wahlkreis Osseka. Er war bis 1898 konservativ vertreten. Das Ergebnis von 1898 ist: Sozialdemokrat 9758, nationalliberal (Dr. Leh) 5938, konservativ 5406. Dr. Leh sagte mit 11 925 gegen 10 631 sozialistische Stimmen. Nach dem Tode Dr. Leh's legte weder Grosse Gränerberg im ersten Wahlgang; zweiter war der nationalliberale, dritter der konservativ Kandidat. Soweit nicht ihr „Besitzstand“ in Frage kommt, hat bei den kommenden Wahlen eine erhebliche Erschlüchterung durch die Sozialdemokratie erfahren wird, haben die Herren vom Kartell also das Feld des Bösen erkannt, die sie ihn erledigen haben. Dieser Der wird sich aber weder lösen noch jugend lassen, sondern den alten Führer vom Kartell heftig nach einige sehr empfindliche Kreislösungen werden. Die Jagd wird jedenfalls losig werden — weniger für das Kartell als für die Sozialdemokratie.

Die Reichseinnahmen zeigen bis zum Schluß des Monats Januar jetzt eine Zunahme. An Zöllen und Verbrauchsteuer sind seit dem Anfang des Rechnungsjahrs 13 1/2 Millionen mehr als im Vorjahr eingegangen, so daß nach Abzug der Vergütungen über 767 Millionen verbleiben. Die Einnahme der Eisenbahnverwaltung betrug 14 1/2 Millionen, die Einnahme der Post- und Telegraphenverwaltung ist um 17 1/2 Millionen Markt gestiegen und beträgt jetzt fast 369 Millionen Markt. Die Reichs-Geldverwaltung hat 4 1/2 Millionen mehr, als über 75 Millionen Markt in den ersten 10 Monaten des Rechnungsjahrs eingenommen.

Der Trierer Schulstreit im Abgeordnetenhaus. Der preussische Abgeordnete hat heute Montag seit langer Zeit wieder einen, was man eine „große Tag“ nennt.

Die nationalliberale Interpellation wegen der jüngsten Vorgänge in Trier, wo der Bischof Korum die staatliche paritätische höhere Lehrerschule mit dem Bann belegt hat, stand auf der Tagesordnung. Es herrschte großer Andrang zu den Tribünen, auch das Haus war gut besetzt. Die Interpellation wurde von dem Abg. Hackenberg, einem bekannten Mitgliede der nationalliberalen Fraktion, begründet. Herr Hackenberg ist protestantischer Pfarrer und ein guter Redner. Er fing etwas trocken und akademisch an, wurde aber allmählich wärmer, seine Schlussausführungen waren von starkem Pathos erfüllt und übten große Wirkung. Der Ministerpräsident Graf Bülow antwortete in seiner bekannten Art. Auch hier suchte er wieder die bewährte mittlere Linie innezuhalten. Herr Korum bekam sein Theil, aber auch Herr Hackenberg bekam etwas ab. Der Ausfall des Ministerpräsidenten gegen Herrn Hackenberg als Kulturkämpfer weckte bei der gesammten Linken Protestrufe. Nach dem Reichskanzler sprach der Kultusminister Studt, in seinen Schlussworten eigentlich etwas energischer als Graf Bülow. Auf Antrag des Abg. Dr. Borich (B) fand eine Besprechung der Interpellation statt. Erster Redner war der Zentrumsabg. Dr. Dietrich, der, ebenso wie später sein Fraktionskollege Hören, den Bischof Korum lebhaft in Schutz nahm und es so darzustellen suchte, als ob die staatlichen Behörden die Schuld an den Trierer Vorgängen trügen. Der Nationalliberale Dr. Friedberg wies die Art und Weise, wie Bischof Korum eine staatliche Schule boykottiert habe, energisch zurück. Namens der Konservativen verlas Graf Limburg-Strum eine Erklärung, die dem Bedauern über das den konfessionellen Frieden gefährdende Vorgehen des Bischofs Ausdruck gab. In gleichem Sinne waren die Ausführungen des freikonservativen Herrn v. Jedlig gehalten. Namens der Freisinnigen Volkspartei gab Dr. Müller-Sagan eine Erklärung ab. Die Partei erwarte, daß die Regierung die Rechte des Staates nach jeder Richtung hin wahrer werde. Dr. Barth von der Freisinnigen Vereinigung fürchte aus, Bischof Korum würde sicherlich nicht so schroff vorgegangen sein, wenn nicht die Regierung fortwährend eine derartige Schwäche gegenüber dem Zentrum zeigte. Ein Beweis dafür sei das Abkommen über die Straßburger katholisch-theologische Fakultät. Diese Aeußerung lockte den Reichskanzler nochmals heraus, um seine früheren Ausführungen etwas zu erläutern und ein klein wenig zu verschärfen. Er betonte, daß er habe sagen wollen, die Schuld an dem Trierer Vorkommis treffe direkt den Bischof Korum, der die Pflicht gehabt habe, sich mit der Staatsregierung zu verständigen. Graf Bülow schloß, indem er betonte, er erblicke in dem Trierer Schulstreit das Wetterleuchten nicht vor, sondern nach dem Sturm, nämlich nach dem Kulturkampf. Sollte es sich aber wirklich um ein Wetterleuchten vor einem neuen Kulturkampf handeln, dann werde die Staatsregierung einen notwendigen Konflikt nicht scheuen; sie wolle nur unnötigen Konflikt aus dem Wege gehen. Im Rahmen der persönlichen Bemerkungen gab es später noch einen lebhaften Zusammenstoß zwischen Dr. Barth und dem Reichskanzler. Letzterer hatte dem Abgeordneten Barth in seiner Rede über die Begründung der katholischen Fakultät der Straßburger Universität vorgeworfen, daß er die Partei der ersächlichen Protestler und der ausländischen Deutschenlande ergreifen habe. Barth wies diese Bemerkung als durchaus unpassend zurück. Damit war die Interpellation beendet.

**Ein guter Wit.** Wie berichtet wird, beabsichtigt Roosevelt dem Kaiser eine Statue Monroes als Geschenk anzubieten. Monroe ist der Mann, der den Grundfals aufgestellt hat: Amerika den Amerikanern. Ein Verleugung dieser Monroelehre wurde von amerikanischer Seite der heftigen Politik während der Vorgänge in Venezuela vorgeworfen. Die Uebersendung der Statue Monroes in diesem Augenblick wäre ein nicht miszuverstehender Bist Amerikas an die deutsche Adresse. Zu gleicher Zeit wird gemeldet, daß der Kaiser sich entschlossen habe, die Entsendung der Statue Friedrichs des Großen zu vertagen. Die amerikanische Presse lobt den Kaiser sehr wegen dieses Entschlusses und erhofft eine Vertagung auf den Sankt-Nimmerleinstag.

**Quellblödsinn.** Aus Karlsruhe meldet die „Fkf. Ztg.“: Sonntag früh fand in den Ertlinger Schießständen zwischen den belagerten Stadtmännern Schwarz aus Rabowitz und Schulz ein Pistolenduell statt. Goldberg erhielt einen Schuß ins Rückenmark, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Schwarz ging glücklich.

**Keine politische Nachrichten.** Die Bernehmungen vor der Kartellenguetekommission sind bis zum 26. März ausgesetzt worden. Wiesbaden soll die Wirkung des Kohlenjanditais auf Nord- und Ost-Deutschland und die schlechte Kohlenkonvention erörtert werden. Als Plakat auf die Wunde wurde dem Oberpräsidenten Dr. v. Böttler der Kronorden 1. Klasse verliehen. Die Schlosser- und Schmiede-Zwangsinnung in Heiligenstadt hat sich aufgelöst und sich in eine freie Innung verbandelt. Der amerikanische Zahnarzt Lewis Alwelt D'Brien verläßt demnächst Dresden, um sich nach Amerika zu wenden. Die Abreise wird mit der Affäre der früheren Kronprinzessin Luise in Verbindung gebracht. Es wird berichtet, daß D'Brien's Gattin dem König Georg Briefe übermittelt hat, aus denen hervorgeht, daß D'Brien mit der früheren Kronprinzessin intime Beziehungen hatte. Eine polizeiliche Anweisung ist nicht erfolgt. — Trübe Aussichten bietet der Feldzug gegen den Mullah für Englands Steuerzahler. „Daily Mail“ erzählt aus Harra, daß die erschütterliche Beweglichkeit der Truppen des Mullah die Engländer zwingen werde, einen noch längeren Feldzug zu führen als den gegen die Buren. Die Haltung der Eingeborenen-Stämme sei eine sehr feindliche. — Zum Präsidenten der Republik Uruguay ist Jose Batele Ordones gewählt worden. — Aus China kommen sehr bedeutende Privatinformationen, wonach die Regierung in geheim den Aufstand gegen die Ausländer unterstützen.

**Schweiz.**  
Auch eine „Wahlkorruption“. Eine sehr interessante Entdeckung ist dieser Tage im 5. Kreise der Stadt Zürich, in dem die Liberalen die Mehrheit haben, gemacht worden. Daraus ist in der am letzten Mittwoch-Sonntag 1902 stattgefundenen Nationalratswahl eine Urne mit 1567 Stimmen vergessen und daher nicht mitgezählt worden. Da die Stimmenabstimmung, die

zwischen dem bürgerlichen Kandidaten und unserm Genossen Ernst bestand, nur 1190 betrug — ersterer erhielt 10 449, Ernst 9259 Stimmen —, so ist nicht ausgeschlossen, daß die Nichtanzählung der 1567 Stimmen das Ergebnis der Wahl selbst beeinflusst hat. Im 5. Kreise erhielten Freitschi 1404, unser Genosse Ernst 1060, so daß die Differenz nur 344 Stimmen beträgt. Die Wahl Freitschis ist inzwischen vom Nationalrat anerkannt worden, eine eventuelle nachträgliche Kassation würde nun vom Ergebnis der Stimmenanzählung durch das städtische Bureau der Stadt Zürich abhängen. In unseren Parteikreisen nimmt man durchaus nicht an, daß das Vergessen der so inhaltreichen Stimmurne von den bürgerlichen Gegnern aus wahlmacherischer Absicht geschehen sei. Um aber die nötige Klarheit zu schaffen, hat die sozialdemokratische Fraktion des Großen Stadtrats sofort eine bezügliche Interpellation an den Kleinen Stadtrat gerichtet.

**Holland.**  
**Die Gegenwehr des niederländischen Proletariats** gegen die geplante Zuchthausvorlage wird in lebhafter Weise betätigt. In allen Orten von einiger Bedeutung sind Abwehr-Komitees gegründet worden und öffentliche Protestversammlungen wurden überall einberufen. Jedenfalls hat die Regierung, natürlich ohne es zu wollen, eines erreicht: Zum ersten Male seit der Spaltung von 1894 ist die gesammte niederländische Arbeiterklasse wieder einig und steht zusammen! In Amsterdam haben am Sonnabend 91 Arbeiterorganisationen sich zu gemeinsamer Interpellation vereinigt. Ueberhaupt hat die Vorlage bei ihrem Bekanntwerden die größte und nachhaltigste Erregung hervorgerufen, denn sollte sie Gesetz werden, würde jedes Streikpostenstehen, jeder Boykott, jede gegen einen Unternehmer oder gegen Streikbrecher in der Presse oder in Versammlungen gerichtete Erklärung unmöglich sein. Daß die Strafe von vier Jahren für Ausstandsvergehen oder gemeinsame Dienstverweigerung festgesetzt wurde, erklärt sich, wie man dem „S. C.“ schreibt, daraus, daß nach dem holländischen Strafgesetzbuch ein Verächtlicher nur in Haft genommen werden kann, wenn das Strafmaß für die ihm zur Last gelegte That mindestens vier Jahre beträgt. Man will also ermöglichen, daß die Streikführer sofort verhaftet werden können. Am heutigen Dienstag wird die Kammer die Vorlage in ihren Sektionen behandeln. Darauf kommen zwei Interpellationen über den Eisenbahnerstreik von liberaler und von sozialistischer Seite. Nach deren Erledigung beginnt voraussichtlich die Plenarverhandlung der Vorlage, die in einigen Tagen durchgeführt werden soll. In der Vorlage steht: „Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.“ Man schlägt hier also ein anderes Tempo ein, als bei den sozialen Gesetzen; das Unfallversicherungsgesetz z. B. trat erst 23 Monate nach seiner Verkündung in Kraft. In der Woche vom 1.—8. März soll vom Abwehr-Komitee lebhafteste Agitation getrieben werden, die durch eine Nieldemokratie am 8. März abgeschlossen werden wird. Wenn notwendig, soll das Komitee den Generalstreik proklamieren; ob es diesen Schritt thun wird, hängt natürlich von den Umständen ab.

**Frankreich.**  
Bei den Nachwahlen zur Kammer, die Sonntag stattfanden, siegen die Ministeriellen in Grasse, Moulins und Sapalisse, dagegen drang in Nuffac der Nationalist Arnal durch, weil keiner seiner beiden republikanischen Gegner zu Gunsten des andern verzichtet hatte. — Ueber einen Zwischenfall, der sich am Sonnabend in der Kammer zutrug, wird berichtet: Zu Beginn der Sitzung warf ein Individuum ein Paket Broschüren von der Tribüne in den Saal unter den Ruf: „Nieder mit den Dieben! Es lebe der König!“ In der Broschüre schildert der Manifestant, daß er ein Opfer der Kriegsgesetze sei. Er wurde verhaftet.

**Marokko.**  
Des marokkanischen Präsidenten Herrlichkeit wäre zu Ende, wenn man den offiziösen Angaben, die soeben entgegen, Glauben schenken dürfte. Einem Telegramm des Madrider „Heraldo“ aus Mekka zufolge hält sich der Präsident mit einer kleinen Anzahl seiner Anhänger verborgen. Er ist umzingelt, und Meneshi erklärte, er könne ihn durch Inbrandsetzen des Gehölzes, in welches er sich geflüchtet habe, umkommen lassen, er zübe es aber vor, ihn lebend gefangen zu nehmen. — Das Sicherste ist abzuwarten, denn angeknüpft wurde bisher von beiden kämpfenden Parteien mit wahrer Virtuosität.

**Japan.**  
Verfassungskämpfe stehen in Japan bevor. Das neugewählte erst im Dezember zusammengetretene Parlament ist nach zweimaliger kurzer Vertagung noch vor Jahresluß aufgelöst worden, weil es dem Ministerium keinerlei Entgegenkommen zeigte. Die Neuwahl wird Anfang März vollzogen werden und die Eröffnung der nächsten Session darn frühestens 40 Tage darauf stattfinden, sobald das Ministerium Katsura auf alle Fälle noch vier Monate im Amte bleibt. Ob auch darüber hinaus, das kann Niemand vorher sagen. Seine Zukunft hängt, so schreibt man der „Röln. Ztg.“ aus Yokohama, von den beiden Fragen ab, ob das nächste Parlament zu positiver Arbeit geneigt ist und ob im entgegen-gesetzten Falle das Ministerium sich entschließen kann, nochmals zur Auflösung zu schreiten. Das japanische Parlament ist trotz des kurzen Bestandes der Verfassung schon mehrmals aufgelöst worden. Die Begleiterdekretionen, bezw. die Ursachen der letzten Auflösung aber sind von neuer Art. Früher hielten die alten Staatsmänner der Meiji-Periode (seit 1868), die man unter dem Namen „der Genro“ zusammenfaßt, entweder zusammen oder genossen wenigstens ein solches Ansehen auch beim Parlament, daß der Uebergang des Ministeriums von der einen zur andern Partei des (neuen) Adels keine Schwächung der Kabinettsregierung mit sich brachte. Das Parlament war mehr eine Formalität. Zugewiesen aber hat sich seit dem letzten, vor 1 1/2 Jahren gestürzten Ministerium Ito ein Umsturz vollzogen. Marquis Ito besitzt, wie sich immer deutlicher zeigt, nicht mehr den alten Einfluß auf die Reichspartei, die „Seiyukai“, die einst stolz darauf war, daß er, der bekannteste unter den japanischen Staatsmännern, in Führung mit ihnen trat, sie durch Verschmelzung seiner und des Grafen Itagaki Anhänger gründete und unter seine Fittgel nahm. Es sind allmählich mehr Männer ins Parlament eingetreten, die das Ausland berührt und wie die Wissenschaft so auch das parlamentarische Leben Europas und Amerikas kennen gelernt

haben. Diese sind mit der Annahme der Regierungsvorlage allein nicht mehr zufrieden. Sie fragen nicht sowohl nach der Zweckmäßigkeit oder Nothwendigkeit der beantragten Gesetz, als vielmehr nach dem Wesen des Parlamentarismus, das sie in der Herrschaft der Mehrheitsparteien erkennen. Es handelt sich also, wenn wir konkret werden wollen, um den Kampf, ob in Japan in Zukunft das preussische System, nach dessen Muster die japanische Verfassung gemacht ist, oder das englische System herrschen, ob der Monarch das Recht haben soll, seine Minister zu ernennen, oder ob das Parlament die Macht erhält, dem Monarchen den Ministerpräsidenten zu präsentieren, der dann seine Parteigenossen aus dem Parlament in die Ministerien und die sonstige Verwaltung bringt.

### Versammlung der Bürgerchaft. \*)

J. St. Lübeck, den 2. März 1903.  
(Schluß.)

Dr. Ziehl: Ich bin dem Herrn Vorsitzenden sehr dankbar, daß er den letzten Gegenstand der Tagesordnung vorgekommen hat. Wir sind Jahre lang zurückgewiesen. Seit 1809 besteht der ärztliche Verein; er hat auch immer ein Ehrengericht gehabt und es ging sehr gut. Jetzt aber geht's nicht mehr. Den äußeren Anlaß zur Gründung der Kammer hat die Verze-Kammer von Schleswig-Holstein gegeben. Dieselbe wandte sich beschwerdeführend an uns, weil läbliche Verze dort Sachen gemacht hatten, die nach ihrer Standesordnung nicht angängig waren. Die Börse hat ja auch ein Ehrengericht. Daß die hiesige Verze-Kammer nach irgend einer Richtung hin schädlich wirken könne, ist nicht wahr. Die Herren, welche darüber gesprochen haben, hatten sich gar nicht eingehend mit der Sache beschäftigt. Redner kommt nunmehr auf den Kurpüschprozess Mardenkötter zu sprechen und meint, daß, wenn eine Verze-Kammer sich den Dr. Kronheim vorher vorgenommen hätte, die Sache gar nicht so weit gekommen wäre. Bei der vorliegenden Verordnung handelt es sich um Stellungnahme gegen den unfaulteren Wettbewerb. Hier müssen scharfe Bestimmungen geschaffen werden. Es ist von Herrn Coleman auf die in Sachsen erlassene Standesordnung als abschreckendes Beispiel hingewiesen worden. Wer aber hat denn diese Standesordnung gemacht? Nicht etwa die Verze, sondern der Minister des Innern. Die große soziale Gesetzgebung ist nur dazu geschaffen worden, um den Arbeiter zu schützen. Hierzu gehört auch der Schutz gegen Krankheit. Dieser aber kann nur ein tüchtiger Arzt ausüben. Auch die Sozialgesetzgebung basiert auf die Standesvertretung; ich erinnere hier z. B. nur an das Reichsversicherungsamt. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen; Sie werden eine Lücke ausfüllen, das öffentliche Wohl fördern und der Willkür einen Kiesel vorkübeln. Sorgen Sie dafür, daß kein Arzt sich zu schämen braucht, in Lübeck Arzt zu sein. (Gr. Beifall.)

Oldenburger: Ich bin ein entschiedener Gegner der Ehrengerichte. Ist doch der Fall vorgekommen, daß Verze vom Ehrengericht befristet wurden, weil sie einen öffentlichen Vortrag über Gesundheitspflege gehalten haben. Wenn Verze über Verze entscheiden sollen, dann kann man kein Vertrauen dazu haben, daß immer ein gerechtes Urtheil gefällt wird. Es herrscht manchmal eine große Gegnerschaft unter den Medizinern. Wir müssen Garantien haben, daß die Minorität nicht unterdrückt wird. Ich ersuche Sie, die Vorlage an eine Kommission zurückzuverweisen.

Dr. Wichmann: Ich kann mich kurz fassen, da Herr Dr. Ziehl ja bereits das Wesentlichste hervorgehoben hat. Von einer Kommissionsberatung rathe ich ab; wenn Sie wirklich 10 Kommissionen einsetzen würden, in einem Vierteljahr sieht dies noch auf demselben Standpunkt wie heute. Es wird Niemand etwas dagegen einzuwenden haben, wenn ein Arzt einen Vortrag hält. Ich will gerne zugeben, daß nicht jeder Arzt sich 3000 Mk. aus der Tasche ziehen kann, auch ich nicht. (Gr. Heiterkeit.) Wir dürfen aber den räumigen Schafen das Terrain nicht ebnen. Ich bin kein Mitglied des ärztlichen Vereins, glaube also deshalb im Namen meiner gleichfalls nicht dem Verein angehörenden Kollegen erklären zu können, daß auch wir eine Verze-Kammer für nothwendig halten und bitte Sie deshalb um Annahme der Vorlage.

Dr. Ziehl: Ich habe die Vorlage sympathisch gegenüber, hält aber die Strafe von 3000 Mk. für zu hoch. 1500 Mk. sind hier ausreichend. In seinen weiteren Ausführungen zieht Redner einen Vergleich zwischen den preussischen und sächsischen Bestimmungen und bittet um Kommissionsberatung, da auch die Verze ein Interesse an einer eingehenden Prüfung haben müßten.

Coleman: Dem Vorredner kann ich für seine Vergleiche nur danken. Der gegen die Ortskrankenkasse erhobene Vorwurf, daß dieselbe einseitig gehandelt habe, ist auf das Unschickliche zurückzuführen. Unser Vertrauensarzt, Dr. Ziehl, ist zu der Sonnenabendsversammlung eingeladen worden, hat sich aber entschuldigt. Uns können die Herren Verze gewiß keine Einseitigkeit vorwerfen, viel eher ist das Umgekehrte der Fall. Bei den Verhandlungen, welche wir mit den Verzen hinsichtlich der Einführung der freien Verzewahl gehabt haben, ist es ihnen niemals eingefallen, ein Vorstandsmitglied zu ihren Versammlungen einzuladen, in denen sie sich hiermit beschäftigen. Ja, man ist sogar soweit gegangen und hat unseren Vorschlag gar nicht mit zur Diskussion gestellt. Daraus können Sie ersehen, wie es bei einer ärztlichen Kammer aussehen würde. Wie mag es da mit einer freien Vereinbarung aussehn? Diese Sachen sind außerordentlich ernst. Die Verze haben selbst erklärt, daß sie mit den hiesigen Umständen sehr zufrieden sind. Ich hoffe auch, daß das so bleibt, würde eine Aenderung eintreten, dann wäre ich die längste Zeit Vorsitzender gewesen. Redner weist in seinen Schlussworten nochmals auf die Schwierigkeiten hin, welche der Ortskrankenkasse durch diese Vorlage entstehen und ersucht um Ablehnung resp. Kommissionsberatung.

Senator Dr. Schön: Die Standesordnung haben wir ja noch gar nicht, so daß es ganz überflüssig ist, sich heute schon mit derselben zu beschäftigen. Herr Coleman hat sich mit der sächsischen Standesordnung gerade die schlechteste ausgesucht. Vorträge kann jeder Arzt halten, ohne daß gegen ihn ein ehrengerichtliches Verfahren eingeleitet wird. Herr Oldenburger zitierte uns hier eine Aeußerung des Dr. Alexander. Daraus können Sie aber doch nichts über die Naturheilkunde herleiten. Es ist hier ferner gefagt worden, daß die jungen Verze jetzt Lübeck meiden werden; ja, wohin sollen sie denn gehen, da doch der größte Theil der deutschen Staaten ähnliche Bestimmungen hat, wie die Finen vorliegenden?

Dr. Ziehl zitiert den Passus der Rede eines Regierungskommissars im preussischen Abgeordnetenhaus, nach welchem nur dann ein Verfahren gegen einen Arzt eingeleitet werden soll, wenn er öffentliche Beleidigungen aus-

spricht. Die Juristen sind oft verschiedener Meinung, deshalb haben wir auch nur einen Juristen in die Kommission entsandt, denn bei zweien wären wir nicht zur Einigung gekommen. (Gr. Heiterkeit.)

Senat der beantragt Schluß der Debatte; der Antrag Oldenburg auf Kommissionsberatung wird abgelehnt. Nunmehr wird die Spezialdiskussion eröffnet. Beim § 1 Abs. 3, der den Erlaß einer Standesordnung behandelt, erklärt

Dobberstein sich gegen diesen Abfag. Wir sollen Zutrauen zum Senat haben! Ja, meine Herren, ich habe nur zu mir selbst das größte Vertrauen. Ich werde das Gesetz ablehnen, falls nicht die Standesordnung befreitigt ist.

Dr. Ziehl: Die Standesordnung ist noch niemals durch die Gesetzgebung geschaffen worden; sie ist etwas Wechselndes.

Bayer: Trotzdem Dr. Wichmann nicht Mitglied des ärztlichen Vereins ist, kann er doch nicht im Namen der Nichtmitglieder für die Verze-Kammer sprechen. Die Verze im Naturheilverein werden sich jedenfalls gegen die Kammer ablehnend verhalten haben. Herr Dr. Schürer hat im Bürgerrechtsverein für die Resolution gestimmt. Ich bedaure, daß die Verze heute schon so wenig Mitgefühl besitzen. Redner führt einen Fall an, wo er selbst, nachdem er seinen Arzt, Dr. Wichmann, nicht angetroffen hatte, nur nach vieler Mühe einen andern Arzt bewegen konnte, mit ihm zum Kranken zu eilen. Es ist hier von Preußen und Sachsen gesprochen worden. Das preussische Abgeordnetenhaus hat ja das elendeste aller Wahlsysteme, was dort zu Staude kommt, rührt uns gar nicht und was Sachsen fertig bringt, darüber reden wir gar nicht! Wenn dieses Gesetz noch zu Lebzeiten des Dr. Binder geschaffen wäre, dann hätte ich einmal sehen wollen, wie sie ihn gewiebelt hätten. Trotzdem hat Dr. Binder anerkanntermaßen Gutes gethan.

Oldenburger begründet einen Antrag, nach welchem die wissenschaftliche und geschäftliche Thätigkeit der Verze durch die Standesordnung nicht betroffen werden darf.

Senator Dr. Schön bekämpft diesen Antrag. Dobberstein: Wir können uns doch nicht mit anderen Staaten vergleichen, wir haben kleinere Verhältnisse. Auch in Sachsen sind die Verze die eigentlichen Verfasser der vom Minister erlassenen Standesordnung gewesen.

Dr. Ziehl weist darauf hin, daß die Freiheit der Wissenschaft durch § 20 gewährleistet werde.

Bayer: Der Antrag des Herrn Oldenburg ist durchaus berechtigt; derselbe entspricht ganz richtigen Erwägungen.

Der Antrag Oldenburg wird abgelehnt, desgleichen ein Antrag Dobberstein, nach welchem die Bestätigung der Standesordnung Senat und Bürgerchaft unternommen soll.

Beim § 6 plädiert Dobberstein für geheime Wahl.

Nachdem Dr. Ziehl und Senator Dr. Schön dagegen gesprochen, wird ein diesbezüglicher Antrag abgelehnt.

Zu § 21 beantragt

Dobberstein die Höchststrafe auf 1500 Mk. festzusetzen.

Dobberstein schlägt 500 Mk. vor, während Dr. Ziehl unter Verweisung auf die Begründung des Hamburger Senats zur Geldstrafen-Angelegenheit um Ablehnung beider Entwürfe bittet.

Bayer: Wir haben bis jetzt noch nicht den Abschaum der Verze in Lübeck gehabt und werden ihn später auch nicht haben. Die hohe Strafe hält übrigens auch nicht ab. Ich wünsche den Verzen, daß sie recht viel Geld verdienen. Im Uebrigen bitte ich, wenn doch einmal eine Berufung der ehrengerichtlichen Urtheile erfolgen soll, daß diese nicht nur im Amtsblatt, sondern in sämtlichen hiesigen Zeitungen zu erscheinen hat.

Bei der Abstimmung werden sämtliche Abänderungsanträge, theilweise nur gegen die Stimme des Antragstellers, abgelehnt.

Beim § 44 beantragt Dobberstein, die Geldstrafen nicht der Kasse der Kammer, sondern der des Polizeiamts zustellen zu lassen. (Stürmische Heiterkeit.)

Dieser Antrag wird abgelehnt, in der Abstimmung wird der gesammte Gesetzentwurf mit großer Mehrheit angenommen.

In einem Zeitraum von noch nicht ganz fünf Minuten werden zum Schluß folgende zurückgestellte fünf Senatsanträge ohne Debatte angenommen: Stempel-Abgabe ohne Debatte für die Spar- und Darlehnskasse, v. S. u. u. H. in Russe. Ermächtigung des Vorstandes der St. Marienkirche zur Aufnahme einer Anleihe von 120 000 Mk. zwecks Neubaus des Werthhauses am Marienkirchhof. Verkauf des Grundstückes Badergrube Nr. 45 für das Elektrizitätswerk. Generalbudget der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten für das Jahr 1903. Ankauf zweier Wiesen in Vorwerk von der Firma Broder u. Co.

Schluß der Sitzung 2,25 Uhr.



Parteilosen!  
Erwerbt das Bürgerrecht!

Müller und Neuhardt

Dienstag den 3. März.  
Die Maurer, Zimmerer, Banarbeiter Sachsenburgs und Umgegend sind wegen Lohn Differenzen in den Ausstand getreten. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die „Segnungen“ des Zolltarifs. In den Kreisen der hiesigen Importeure von Kronsbeeren macht sich z. B. eine lebhafteste Bewegung für eine bedeutende Ermäßigung des Zolles auf Kronsbeeren, der bekanntlich auf 5 Mk. pro 100 Kilogramm festgesetzt ist, bemerkbar. Diefelbe hat sich auch den schwedischen, insbesondere den Malmöer Kaufleuten mitgetheilt. Man befürchtet nämlich mit vollem Recht, daß der hohe Zoll die Einfuhr der genannten Frucht nahezu vollständig lähmen wird. Dieser Befürchtung ist unsererseits verschiedentlich schon vor dem Zustandekommen des Wuchertarifes Ausdruck gegeben worden, ohne daß man sich in den in Betracht kommenden Kreisen darum gekümmert hat. Jetzt, wo es zu spät ist, sieht man ein, daß damals ein großer Fehler begangen worden ist. — Ob sich nun wohl angeht, dieser

schweren Schädigung unseres Handels allmählich bei den maßgebenden Kreisen die Ueberzeugung Bahn brechen wird, daß das Amtsbblatt der freien und Hansestadt Lübeck, die „Lüb. Anz.“ einen direkten Verrath an den Interessen unserer Stadt beging, als es den Brodwucherern durch die und Dünm folgte? Und ob jene Kreise wohl ferner eingesehen haben, daß die Interessen Lübeds am wirksamsten im Reichstage durch einen Sozialdemokraten vertreten werden? Wir müssen es leider bezweifeln! Nach wie vor werden ohne Frage auch die Kaufleute den irrigen Standpunkt einnehmen, daß es eine „Schmach“ für die Handelsstadt Lübeck ist, wenn diese einen Sozialdemokraten in den Reichstag entsendet. Nun, auch hier trifft eben das bekannte Wort zu: „Die dummen Kälber wählen sich ihre Metzger selber!“

Gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ist nach einer Meldung des „Hann. Cour.“ der Lübecker Senat. Er soll bereits einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt haben. — Als prinzipielle Gegner jeglicher Ausnahmegeetze bedauern wir diesen Beschluß.

Arbeitersecretariat. Die Zahl der Besucher belief sich im Monat Februar auf 583 (626) — die eingelasserten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Unter den Besuchern waren organisiert 341 (349) Personen. Unter den verbleibenden 242 Unorganisierten befinden sich 47 Angehörige von Organisirten und ein Theil Nichtorganisationsfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 470 (476) männlich, 113 (150) weiblich. Den Hauptgruppen nach geschieden vertheilen sich die Besucher wie folgt: gelehrte Arbeiter 211 (242), Arbeiter ohne Beruf 219 (199), Ehefrauen 73 (80), Wittwen 19 (23), Dienstboten 14 (24), sonstige Gewerbetreibende 36 (49), Invaliden 11 (9). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 507 (540) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 29 (35), Oldenburg 29 (33), Mecklenburg 10 (9), Preußen 8 (9) und sonstige 0 (0) Personen. Die Auskünfte vertheilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 83 (112), Arbeits- und Dienstvertrag 80 (75), Bürgerliches Recht 216 (292), Strafrecht 26 (38), Arbeiterversicherung I (7), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 151 (62), Gewerbesteuern 6 (16), Verchiedenes 19 (24). Von den Auskünften machten 176 (104) die Anfertigung von 210 (141) Schriftsätzen erforderlich. Zusammen wurden deren 229 (165) angefertigt. Davon gingen durch Vermittelung des Secretariats als Postsendungen aus 44 (67). Eingingen 70 (74) Postsendungen. Der 5. Februar zeigte mit 39 die höchste, der 18. und 25. Februar mit je 7 die niedrigste Besucherzahl.

Vom Hafen. Der von England mit Kohlen nach hier bestimmte dänische Dampfer „Magnus“ ist Sonntag Morgen beim Hannibal unweit Wismar auf Grund gerathen. Nach Werfen von Ladung gelang es ihm, mit Hilfe des Bergungsdampfers „Nügen“ wieder flott zu kommen.

Die Regulierung der großen Burgstraße ist gestern in Angriff genommen worden. Hierbei fand man einen großen, offenbar von den alten Festungswerken herrührenden Felsblock.

Milwie Wiecke, die am 4. und 6. März im hiesigen Stadttheater als „Frau vom Meer“ von Jöben und als „Judith“ in Hebbels gleichnamigen Trauerspiel aufgetreten wird, ist sicher eine der markantesten Erscheinungen der jogen. „Neuen Richtung“ in der Schauspielkunst. Sie ist eine Charakterdarstellerin ersten Ranges und dadurch schnell zu einer der hervorragendsten Berden des Berliner Deutschen Theaters geworden; trotz ihres ungeheuren Erfolges und ihrer Beliebtheit bei diesem Publikum vertauschte sie vor einiger Zeit diese Bühne mit den Brettern des Schiller-Theaters in Berlin. Gedachte sie doch ihre eminenten künstlerischen Fähigkeiten damit zu freierer Entfaltung zu bringen. Nun hat die gezeigte Interpretin auch diese Stätte künstlerischen Wirkens verlassen, um sich ausschließlich Gastspielen zu widmen; überall erntete die Künstlerin reiche Blätter des Ruhmes, an den größten Bühnen des In- und Auslandes konnte sie Triumphe feiern. Die größten Erfolge sicherte ihr die Veröberung klassischer Rollen sowohl — wie ihre Judith — als auch die Wiedergabe moderner Gestalten, wie ihre „Frau vom Meer“. Man darf behaupten, daß die Künstlerin eine eigenartige, wenn nicht einzigartige Vertreterin ihres Rollenjaches ist. Darin stimmen die Urtheile der Fachkritik ausnahmslos überein. Die Direktion hat sich entschlossen, die Freie trotz des Gastspieles einer so hervorragenden Künstlerin nicht zu erhöhen, um Frau Wiecke auch in Lübeck populär zu machen und den Besuch ihrer Vorstellungen nach Thunlichkeit Jedermann zu ermöglichen.

Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich die grundsätzlich bedeutsame Entscheidung getroffen, daß für die bloße Feststellung im instanzmäßigen Wege, ob bei irgend einer Verletzung ein Betriebsunfall vorliege, das Vorhandensein einer Erwerbsbeschränkung die unerlässliche Vorbedingung sei. Dieruach ist in dem der Entscheidung zu Grunde liegenden Spezialfalle ein Nachwächter, der während der Erfüllung seiner Pflichten ohne eigene Schuld von einem Mitarbeiter erheblich verletzt wurde, aber keine Unfallentschädigungsansprüche geltend machte, mit seinem bloßen Feststellungsantrage abgewiesen und ihm anheimgestellt worden, sich von neuem zu melden, sobald erwerbsbeschränkende Folgen des Unfalles eintreten. Eine Feststellungsklage im Sinne des § 256 der Zivilprozessordnung könne weder beim Schiedsgericht noch beim Reichsversicherungsamt angebracht werden.

Das Zurückstellungsverfahren für die Mannschaften der Reserve, Marine-Reserve, Landwehr, Seemehr, Ersatz-Reserve, Marine-Ersatzreserve, sowie der ausgebildeten Landsturmpflichtigen des zweiten Aufgebots wird im Bezirk der freien und Hansestadt Lübeck stattfinden am Freitag, den 13. März 1903, 9 Uhr morgens, auf dem Boden hofe in der Vorstadt St. Gertrud. Alle im Bezirk der freien und Hansestadt Lübeck sich aufhaltenden Mannschaften der oben bezeichneten Gattungen, welche wegen ihrer bürgerlichen Verhältnisse auf Zurückstellung für das Jahr 1903 Anspruch machen wollen, haben ihre Gesuche vorher im Geschäftszimmer der Ersatz-Kommission, Lübeck, Mühlenstraße Nr. 72 (Stadt und Landamt), einzureichen und in dem oben angegebenen Termin persönlich zu erscheinen.

Zuzug von Arbeitern nach der Herrm Lohmann in Lübeck gehörenden Fabrik in Sternberg i. M. ist streng fernzuhalten, da L. wegen einer geringen Mehrforderung 60 Arbeiter ausgesperrt hat. Keim Arbeiter darf seinen Arbeitsbrüchern in Sternberg in den Rücken fallen!

pb. Uebertretung der Gewerbeordnung. Gegen einen Unbekannten, der in letzter Zeit in hiesiger Stadt Lotterieloose auf den Namen des hiesigen Lotterielosekollectors Paul Würzburg, ohne hierzu beauftragt zu sein, von Haus zu Haus anbietet, wurde Anzeige wegen Uebertretung der Gewerbeordnung und Betrug erstattet.

pb. Ermittelt und festgestellt wurde ein Arbeiter aus der italienischen Schweiz, der seitens der Königl.

\*) Der Anfang des Berichtes befindet sich in der heutigen Beilage.

Staatsanwaltschaft in Stendal wegen Anführung zur Brandstiftung stückweise verurteilt wird.

**pb. Ein netter Bruder.** Ein Arbeiter, der von seinem Bruder beauftragt war, einen Betrag von 40 Mark auf der Post abzuliefern, unterschlug dieses Geld und wurde gefasst.

**Stadelsdorf.** Eine Parteiversammlung, welche sich eines guten Besuches erfreute, tagte am Sonntag bei Herrn Paetau. In derselben referierte Genosse Th. Schwarz unter lebhaftem Beifall über die Vorbereitungen zur Wahl und forderte die Genossen auf, nun bereits mit der Agitation zu beginnen.

**Gatina.** Der Oldenburger Landtag wurde am Sonnabend geschlossen. Von der letzten Sitzung ist zu bemerken, daß die Einkommensteuer-Novelle angenommen wurde. Es sollen nunmehr die Gesellschaften m. b. H. der Besteuerung unterworfen werden. Ferner ist bemerkenswert, daß die Steuerklasse bei Einkommen von 8000 bis 60000 Mk. eine progressive Steigerung erhalten haben. Der Versuch, die Konsumvereine der Einkommensteuer zu unterwerfen, ist mißlungen. Die Besteuerung derselben wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Maurer und Zimmerer in Reinbeck bei Bergedorf beschloßen, ab 1. Mai einen Stundenlohn von 55 Pf. zu fordern. Außerdem soll um Freigabe des 1. Mai bei den Meistern nachgesucht werden. Letztere erklärten sich bereit mit den Gesellen in Unterhandlung zu treten. — Die Leiter der Schuhfabrik von W. Krohn in Krempe (Holstein) sind bemüht, die alten Arbeiter durch schlechte Behandlung los zu werden, was ihnen auch zum Teil schon gelungen. Zuzug ist streng ferngehalten. — Eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer in Bremen hat nach eingehender Diskussion den zwischen dem Gesellenauschuß und der Innung vereinbarten Tarif angenommen.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Von einem Güterzuge überfahren und getödtet wurde in Hamburg ein Eisenbahnarbeiter. — Aus Scherz marшиerte in Hamburg ein 19-jähriger Arbeiter Erhängen. Infolge eines unglücklichen Zufalls konnte der junge Mann den Kopf nicht wieder aus der Schlinge ziehen, indem er seinen Tod fand. — Durch Polizeigewalt wurde gestern Morgen der vor 8 Tagen ausgewiesene Hofbesitzer Finemann in Nordeschleswig über die Landesgrenze befördert. Auch eine Kulturthat! — In Parchim gebar vor 8 Tagen das Währende Dienstmädchen Brad heimlich. Sie schnürte dann das kleine Weibchen so fest in Kleiderstrümpfe, daß es ersticken mußte. Die Leiche versteckte sie. Jetzt ist die ruchlose That aufgedeckt worden. — Der Schuhmacher Liebermann in Wittenburg (Meckl.), welcher in die französische Kindermordaffäre verwickelt war, hat sich in seiner Zelle im Landesgerichtsgefängnis zu Güstrow mittels seines Bettlakens erhängt. — Aus Bremen wird gemeldet: Der deutsche Dampfer „Lebe“ der Fischereigesellschaft Nordsee traf am Donnerstag in der Nordsee den englischen Dampfer „Birdale“ bei orkanartigem Sturm hilflos treibend. Nach vierstündigem Bemühen gelang es dem Dampfer „Lebe“, den „Birdale“ Sonntag in Geestmünde einzuschleppen. „Birdale“ war auf der Fahrt von Brate nach Cardiff begriffen.

**Hamburg.** Seemannslos. Das von Liverpool nach Hamburg bestimmte englische Schiff „Cambrian Prince“ ist am Sonnabend bei nördlichem Wetter in der Nordsee untergegangen. Von der Besatzung wurde nur der Zimmermann, nachdem er über 24 Stunden in einem

stark beschädigten Boot auf dem Meere umhergetrieben war, von dem von Shields nach Hamburg fahrenden englischen Dampfer „Clavering“, Kaplt. Barton, gerettet und Montag hier gelandet. Der Bedauernswerthe ist durch die ausgestandenen Strapazen sehr heruntergekommen. Die Besatzung bestand aus 31 Mann, jedoch leider mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen ist, daß dreißig brave Seelente dem Meere zum Opfer gefallen sind.

**b. Segeberg.** Volksversammlung. Am Sonntag fand hier eine öffentliche Volksversammlung, welche von etwa hundert Personen besucht war, statt. Genosse Th. Bartels-Lübeck sprach in ca. zweistündiger Rede unter dem Beifall der Versammelten über das Thema: „Der Klassenkampf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete und die Pflicht des arbeitenden Volkes“. Es wurde beschloßen, von nun an rührig in die Wahlagitiation einzutreten.

## Letzte Nachrichten.

**Breslau.** Feuer im Armenhause. In dem mit Stroh gedeckten Gemeindearmenhause zu Korzen bei Trachenberg brach in der Nacht zum Sonntag Feuer aus, das mit solcher Geschwindigkeit um sich griff, daß sämtliche Bewohner desselben, die Ehefrau des Gemeindevogtes mit ihrem Enkelkinde und zwei ortsarmer Frauen verbrannten. Wie der „Schles. Zig.“ gemeldet wird, ist dies schon das dritte Feuer, welches innerhalb kurzer Zeit in Korzen von ruffloier Hand angelegt worden.

**Grafen.** Eine Typhus-Epidemie ist in der hiesigen Garnison und in der Irrenanstalt ausgebrochen.

**Berlin.** Ein weiblicher Raubmörder. In dem Vororte Weichensee versuchte am Sonnabend Abend die jugendliche Arbeiterfrau Radon die 76-jährige Wittwe Josephson zu erwürgen und zu berauben. Die Thäterin ließ ihr Opfer bestimmungslos liegen und entfernerte sich unter Mitnahme des Portemonnaies und verschiedener Gegenstände. Dieselbe wurde Sonntag früh verhaftet, leugnet aber bisher, obwohl erdrückende Beweise vorliegen.

**Essen.** Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof Gattinger kamen Sonntag Abend vier beladene Güterwagen ins Rollen. Sie sausten eine abschüssige Strecke hinunter in einen Steinbruch. Eine Italienerin, die einen Bahnübergang überschreiten wollte, wurde von den Wagen erfasst und zermalmt. Der Materialschaden ist bedeutend.

**München.** Zwei Personen verbrannt. Bei einem nächtlichen Brande im Dorfe Winkelhaid sind der Hausbesitzer Kupfer und die Tochter eines im gleichen Hause wohnenden Tagelöhners in den Flammen umgekommen.

**Paris.** Bei einem Diebstahl, der in der hiesigen bayerischen Gesandtschaft verübt wurde, wurden 5200 Frs. Privatgelder und 250 Frs. für Unterhändler bereitzelende Gelder gestohlen, jedoch keinerlei Wertpapiere oder Schriftstücke. Als muthmaßlicher Dieb kommt ein Schweizer Namens Schmid in Betracht, der Privatdiener des Geschäftsträgers Fehr v. Guttenberg war und demnachst seinen Dienst verlässt sollte.

**Savre.** Bei sehr heftigem Nordweststurm wurde zur Zeit der Fluth der Stadttheil St. Francois unter Wasser gesetzt. Der Sturm hielt zwei Stunden an, dann trat Windstille ein. Mit Eintritt der Ebbe wich das Wasser aus den Straßen. Der Ozeandampfer „Bretagne“ konnte nicht auslaufen.

**Dover.** Im Vermeikanal herrschte Montag Nacht ein furchtbarer Sturm, der namenloses Unglück im Gefolge hatte. Verschiedene Schiffe sind mit Mann und Maus untergegangen. In der Nähe von Lands End wurde ein Rettungsboot aus Land gespült, das den Namen „Gambur“ trug; der Buchstabe g ist offenbar abgebrochen. Näheres ließ sich bisher noch nicht ermitteln. In den an der Südküste Englands liegenden Städten wurden die Gasanlagen und angrenzenden Straßen stark beschädigt. Infolge des Zusammenbruchs von Bauten ereigneten sich mehrfach Unglücksfälle; so wurden in Dover der Admiraltätsinspektor und ein Schmied getödtet, eine andere Person schwer verletzt.

**Newyork.** Sturm auf See. Die transatlantischen Dampfer melden, daß sie während der Fahrt auf hoher See heftige Stürme mit Schnee zu bestehen hatten. — Hochwasser wird aus Westpensylvanien gemeldet, wo der Ohiostrom und seine beiden Quellflüsse ausgetreten sind. Hunderte von Personen mußten ihre Häuser verlassen und nach höher gelegenen Stadtvörtern flüchten. Im Tieslande stehen 56 Fabriken still, wodurch 38000 Arbeiter zeitweilig beschäftigungslos geworden sind. Im Allgemeinen geht der Wasserstand zurück, doch ist in Wheeling (West-Virginien), wo das Wasser des Ohio noch steigt, die Lage gefahrdrohend. Es wird befürchtet, daß auch dort die Fabriken den Betrieb werden einstellen müssen. — Gewaltiges Schadenfeuer. In Halifax (Neu-Schottland) brach ein Brand aus, der die ganze Stadt bedrohte. Eine Fabrikanlage und zwölf Gebäude sind zerstört. Der Schaden wird auf 250 000 Dollars geschätzt.

## Literarisches.

Eine Broschüre, wie sie seit langer Zeit in unserer Parteiliteratur gefehlt hat, ist soeben in der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen: „Die Schule wie sie ist“. Der Verfasser, Genosse Otto Kühle, ein früherer Lehrer, hat aus eigener Anschauung das Elend unseres Volksschulwesens kennen gelernt und dieses Elend hat ihm die scharfen Worte in die Feder diktiert, mit denen er in seiner Schrift die herrschende Klasse dafür verantwortlich macht, daß sie die Volksschule anstatt zu einer Erziehung von Menschen, zu einer Anstalt für Heranbildung möglichst williger Lohnsklaven degradiert hat. In einzelnen Kapiteln geißelt er die verwerfliche Art des heutigen Unterrichts, indem er zeigt, wie der Religionsunterricht zur sittlichen und moralischen Erziehung des Kindes ungenügend sei und wie durch die Erziehung zum Hurrah-Patriotismus die Volksschule zu einer Vorschule für die Kaserne gemacht wird. Einen besonderen Abschnitt widmet der Verfasser dem Nachweis, daß die Vorbildung des Lehrers ihn weder zum Erzieher noch zum Lehrer geeignet mache und daß unter den muthmaßlichen Gehaltsverhältnissen der Lehrer auch die Jugend in der Volksschule zu leiden habe. Wir wünschen der Broschüre, die 30 Pfennig (Porto 3 Pf.) kostet, weiteste Verbreitung.

## Briefkasten.

**Wettende Gasenarbeiter.** 1. Am 1. Mai 1894. 2. Wann der Leuchthurm in Travemünde erbaut worden ist, können wir Ihnen leider nicht sagen. Vielleicht ist einer unserer Leser im Stande, den genauen Zeitpunkt anzugeben.

Sonnabend Morgen entschlief sanft mein lieber Mann und meiner Kinder treuherziger Vater

### Helmuth Treede

im Alter von 52 Jahren  
Tiefbetrauert von mir, meinen Kindern und allen Verwandten.

**Helene Treede, geb. Cortobius,**  
Beerdigung Mittwoch den 4. März, Vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle (Furgithor) aus.

**Zu verm. die abgeschlossene Etage**  
3 Zimmer, Kammer und allem Zubehör.  
Näheres Bülowstraße 5, I.

Zum 1. April eine kleine Winterwohnung  
an einzelne Leute, 130 Mk. Schulstraße 10 a.

**Zum 1. April eine Wohnung**  
zu vermieten Sedowstraße 4 a.

Gesucht zum 1. April eine H. Wohnung  
von einzelner Leute im Pr. von 150—160 Mk.  
(Hohenthor oder Bützthor).

H. n. O A 22 an die Exped. d. Bl.

**Eine Näherin sucht Beschäftigung**  
in und außer dem Hause  
Stadenstraße 35.

**Als Schneiderin empfiehlt sich**  
A. Klawe, Logenstraße 21, part.

**Prenehühner,** Seit 1902, aus liebsten reichhaltigen  
fettige, jährige, zu kaufen gesucht.  
Angab. mit Bezugsangabe u. SD 112 a. d. Exp.

**Zu kaufen gesucht**  
**ein unterhaltener Schloßkorb.**  
H. n. mit Bezugsangabe u. Sch. 12 a. d. Exped.

**1 Bohrade in sehr gutem Zustand**  
soll sofort billig bei 2-300 Mk. Anzahlung ver-  
kauft werden. H. n. Sr. Vian 25, I.

2 gute Betten und 2 Kissen-Auzüge  
sind billig zu verkaufen  
Regimentsstraße 24.

**Billig! Billig! Billig!**  
In Folge der herabgegangenen Viehpreise offerire  
ich den nachstehenden Preis:

Pa. Schweinefleisch Preis 60 Pfg.  
Scherade 70  
Salsisch Pfd. 30, 35, 40 Pfg.  
Junges Rindfleisch Pfd. 50 Pfg.

Jedes Fleisch und Sonstiges in der  
Meisthabe.

**Adolph Schröder jr.**  
Marktstraße 26.

# „Die Hütte“

Zeitschrift für das Volk und seine Jugend.

Monatlich 2 Hefte à 25 Pfg.

Zu beziehen durch die

## Buchhandl. Fr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

**Scherm's**  
**Reisehandbuch**  
für wandernde Arbeiter.  
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte  
— Preis 1,50 Mk. —  
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.  
**Phonograph-Walzen**  
tabelleisend, Etüd 1 Mk. Reiersstraße 32.  
**Freiwillige Kranken- und**  
**Sterbefasse.**  
(E. H. Nr. 6 in Lübeck)

**Ansserordentliche**  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Freitag den 6. März 1903  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
Besondere Angelegenheit.  
Der Vorstand.

**Achtung Maurer!**  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Mittwoch den 4. März  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag von Herrn Dr. Schlüter.  
2. Berichtangelegenheiten.  
Zu zahlreichem Besuch fordert hiermit auf  
Der Vorstand.

**Achtung Werstarbeiter!**  
**Verbands-**  
**Versammlung**  
am Mittwoch den 4. März  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist not-  
wendig.  
Der Vorstand.

**Mitgliederversammlung**  
der  
**Central-Kranken- u. Sterbe-Unter-**  
**stützungskasse d. deutsch. Schiffbauer**  
**am Donnerstag den 5. März**  
Abends 8 Uhr  
bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.  
E. D.: Wahl eines Delegierten zur Generalver-  
sammlung in Hamburg.  
Die örtliche Verwaltung.

**Panorama**  
(Halle Berlin, Passage)  
Breitestrasse 55, I. Ete.  
Hochinteressante Wanderung durch die  
**Sächsische Schweiz.**

**Circus Variété**  
**Kommen!**  
**Sehen! Staunen!**  
**Anfang 8 Uhr.**

**Wilhelm-Theater.**  
Sonnabend und Sonntag:  
2 Gastspiele des Stadt-Theater-Ensembles.  
Sonnabend: Alt-Heidelberg.  
Sonntag: Einmalige Operetten-Vorstellung im  
Wilhelm-Theater: Der Obersteiger.

**Stadttheater**  
Mittwoch den 4. März, 7 1/2 Uhr:  
(Gastspiel Alwine Wiede.)  
Die Frau vom Meer.  
Schauspiel in 5 Akten von Hßen.  
Sonnabend u. Sonntag Gastspiele Schall u. Rang.

Verantwortliche Redakturen für den germanischen Theil der Zeitung mit Ausnahme der Artikel „Saxen u. d. Nachbargebiete“, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.  
Verantwortliche Redakturen für die Artikel „Lübeck und Nachbargebiete“, sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Schwarz.  
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sonntags in Lübeck.

## Versammlung der Bürgerschaft.

Lübeck, den 2. März 1902.

J. St. Der Wortführer eröffnet die anfangs mäßig besetzte Versammlung um 10,32 Uhr mit einem Willkommensgruß an den neuerwählten ständigen Senatskommissar Dr. Eschenburg. Letzterer dankt.

Sodann verliest der Senatskommissar die vom Senat im Einverständnis mit dem Bürgerausschuß gefaßten Beschlüsse und andere geschäftliche Mitteilungen.

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten. 1. Erlaß eines Gesetzes, die Erhebung einer Straßenausbauabgabe betreffend. Es handelt sich in dem Senatsantrag darum, bei Neupflasterung von Straßen mit Kopfsteinen die Anlieger solcher Straßen zu einer Neupflasterungsabgabe heranzuziehen. Der Bürgerausschuß hat sich hiermit einverstanden erklärt.

**Dobbertin:** Man muß sich die Frage vorlegen, was soll mit diesem Gesetz bezweckt werden? Nur eine begrenzte Anzahl der Einwohner kommt hier in Frage, nämlich die Grund- und Hausbesitzer. Wenn sie bezahlen sollen, dann möge man aber auch alle heranziehen. Ich bin persönlich interessiert daran; ich fühle für meinen Nachbarn eine Ungerechtigkeitslast in der Vorlage. Wir haben ja die Grund- und Gebäudesteuer. Zu welchem Zwecke besteht denn dieselbe? Die Vorlage beweist, daß wir Geld haben müssen, deshalb bin ich für eine Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer; man muß dann aber den früheren Einheitsstand wieder herstellen. Wenn wir Geld brauchen, dann erheben Sie doch auch Grund- und Gebäudesteuer von den unbebauten Plätzen, z. B. auf Markt und vor dem Holstenthor. Redner bittet, die gesammte Senatsvorlage abzulehnen resp. § 5 abzuhändern.

Senator Dr. Eschenburg bittet um Annahme des Senatsantrages, der doch einem Wunsche des Bürgerausschusses entspricht.

**Pape:** Ich habe bisher immer angenommen, daß die Grund- und Gebäudesteuer auch zur Pflasterung von Straßen verwendet werde. Die ganze Vorlage hat nur den Zweck, neue Steuern zu schaffen. Wenn Sie das aber wollen, dann erhöhen Sie doch die Einkommensteuer auf einer vernünftigen Basis. Ich bitte um Ablehnung der Vorlage.

Senator Dr. Eschenburg macht den Vorredner darauf aufmerksam, daß die Grund- und Gebäudesteuer nicht zur Pflasterung von Straßen dient.

Die Generaldebatte wird geschlossen und in die Spezialdebatte eingetreten.

Die §§ 1 und 2 werden debattellos genehmigt. § 3 und 4 werden nach einer unwesentlichen Debatte mit geringfügigen Änderungen angenommen. Im Verlauf der Debatte macht

Schulmerich den Vorschlag, die neue Steuer und die Grund- und Gebäudesteuer nicht nach dem Nutzungswert, sondern nach dem Gemeinwert zu berechnen.

**Pape** meint, daß durch diesen Vorschlag der Mittelstand vernichtet werde, dann möge man lieber gleich den sozialdemokratischen Futunistenstaat einführen (Geisterstunde).

Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte genehmigt, desgleichen findet bei der Abstimmung die Gesamtvorlage mit großer Mehrheit Annahme.

II. Erhebung eines Hauptzieles in Wilhelmshöhe und dem anschließenden Theile der Vorstadt St. Lorenz.

**Pape** wünscht, daß auch den Siedeln in der Mittelstraße und der Moislinger Allee etwas mehr Beachtung geschenkt wird. Redner ist für die Vorlage.

Die Vorlage wurde angenommen.

III. Reform des Postwesens u. v. d. a. Die Senatsvorlage wird nach unerheblicher Debatte, die jeden öffentlichen Interessens entbehrte, angenommen.

IV. Feststellung der im Rechnungsjahr 1903 auszuführenden Pflasterungsarbeiten in der Stadt.

Dieser Senatsantrag findet debattellos Annahme.

V. Feststellung der im Rechnungsjahr 1903 in den Vorstädten auszuführenden Wegearbeiten.

Hierzu liegt eine Eingabe von Bewohnern der Bismarckstraße vor, die Alleebäume in der Bismarckstraße zu beseitigen.

**Pastor Evers:** Von Bewohnern des Grünen Weges bin ich auf den schlechten Zustand der Straße aufmerksam gemacht worden. Ich bitte, dieser Anregung Folge zu leisten.

**Senator Dr. Eschenburg:** Die Baudeputation wird die Anregung prüfen. Die Kosten sind aber sehr hohe.

**Dr. Ziehl** bittet, beide Trottoirs in der Marlystraße ganz mit Klinkern zu belegeln.

**Senator Dr. Eschenburg:** Es ist aus Mangel an Mitteln unterblieben, die ganze Marlystraße mit Klinkern zu belegeln.

**Pape** polemisiert gegen Alm, der in der letzten Bürgerschaftssitzung ihn der Unwahrheit geziehen habe. Alm hat im Jahre 1901 den Standpunkt vertreten, daß die Vornestraße zwar verbesserungsbedürftig sei, er hat dann aber hinzugefügt, daß hier allerdings nur kleine Leute wohnen, Herr Alm hat keine Ursache, mich der Unwahrheit zu bezichtigen.

**Wortführer Dr. Brexner:** Ich bitte, nicht so scharfe Worte zu gebrauchen. Was Herr Alm früher gesagt hat, geht uns garnichts an.

**Pape** (zur Geschäftsordnung): Dann bitte ich den Wortführer, dieselben Worte gegen Herrn Alm anzuwenden.

Der Senatsantrag wird angenommen; die Eingabe der Anwohner der Bismarckstraße wird nebst einem Antrag von Dr. Wichmann in sämtlichen Straßen, die nicht breiter als 10 Meter sind, die Bäume zu beseitigen, dem Bürgerausschuß überwiesen.

VI. Ausbau weiterer Straßen am Stadtpark.

**Gahn** wünscht, daß die Kirchenstraße bis ins Dorf hinein verlängert wird.

Der Senatsantrag findet Annahme.

Auf Vorschlag des Wortführers wird nun der 12. Punkt der Tagesordnung: Errichtung einer

Verzweigung einer Ehrengerechtigten für Ärzte vorweggenommen. Hierzu liegen zwei Resolutionen vom Bürgerrechtsverein und dem Verein für Naturheilkunde vor, die verlesen werden.

**Colemann:** Ich bin nicht grundsätzlich Gegner der Ständesorganisationen, wie schon aus meiner Stellungnahme gegenüber den Zwangsinnungen hervorgeht. Diese habe ich nach besten Kräften unterstützt. Mit diesen Zwangsinnungen läßt sich die Verzetkammer wohl vergleichen. Sie hat das mit denselben gemein, daß alle Berufsgenossen der Kammer gehören müssen, sie mögen wollen oder nicht. Zwischen der Ausdehnung der disziplinarischen Befugnisse liegt hier aber der gewaltige Unterschied. Die Vorlage hat recht viele Schattenseiten einer Ständesorganisation. Anstatt daß man die Machtbefugnisse einschränken sollte, hat man sie hier so hoch gesteckt, wie nur irgend möglich. Redner bespricht mehrere drastische Bestimmungen des Entwurfs, als Erlaß einer Ständesordnung, Erhebung einer Ehrenstraße bis zu 3000 Mk. u. v. d. a., und beweist, daß mehrere auswärtige Verzetkammern ihre Spitze direkt gegen die Naturheilmovement richten. Den approbierten Ärzten soll es unmöglich gemacht werden, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen.

Die Hauptfische dieser Verzetkammer wird die Aufrechterhaltung der staatlichen Lage sein. Nun habe ich nichts dagegen, wenn verlangt wird, daß zahlungsfähige Leute nach dieser Lage bezahlen sollen. Daß aber auch die Krankentassen zur Innehaltung dieser Lage gezwungen werden sollen, halte ich für sehr gefährlich. Das würde insbesondere eine große Belastung für die Ortskrankenkasse, deren Vorsitzender ich bin, bedeuten. Die Leistungen der Kasse müßten eingeschränkt werden, die Familienversicherung, die so außerordentlich gegenständig wirkt, müßte schließlich aufgehoben werden. Redner verliest und begründet sodann die am Sonnabend in der Versammlung der Vertreter der betreffenden Krankenkasse angenommene Resolution und bittet dringend um Ablehnung dieser Vorlage.

**Dobbertin:** Ich schicke voraus, daß ich kein direkter Anhänger der Naturheilkunde bin. Mein Arzt wendet allerdings auch manchmal Wasserbehandlung an. (Große Geisterstunde). Ich bin nicht für Zwangsinnungen zu haben,

sondern für freie Innungen. Das Handwerk kann dabei viel besser gedeihen. Ist es möglich, daß die Ärzte eine Verzetkammer und ein Ehrengericht nötig haben? So wenig wie die Handwerker, die mit ihren Händen und ihrem Verstand arbeiten (Geisterstunde), eine Zwangsorganisation brauchen, ebenso wenig brauchen die weitaus gebildeteren Ärzte einen solchen Zwang. Denn die Ehrengerichte stellen einen Zwang dar. Der Verzetkammer hat bisher gegenreich für seine Mitglieder gewirkt. Die berühmten Autoritäten, Dr. Virchow und Dr. Langenhans, waren resp. sind entschiedene Gegner der Zwangsorganisationen der Ärzte. Die ganze Spitze richtet sich gegen die Naturheilvereine. Bezeichnete doch z. B. ein berühmter Arzt, Dr. Alexander, die Naturheilverbände als organisierte Kuppelverbindungen. In seinen weiteren Ausführungen wendet Redner sich gegen einzelne Bestimmungen der Vorlage. Die Oberlehrer zc. werden nach Annahme des Gesetzes von der Bevölkerung als Studierte zweiter Klasse angesehen werden, weil sie keine Ständesorganisationen haben. Es ist bedauerlich, daß die Ehre der Ärzte höher steht als unsere ganz beschränkte Ehre. Die Vorlage wird die jungen Ärzte von Lübeck fernhalten. Alle diese Bestimmungen, die hier vorgeschlagen worden, sind absolut nicht mit dem demokratischen Gefühl, das in Lübeck herrscht, in Einklang zu bringen.

**Dr. med. Eschenburg:** Die Ehrengerichte sind am besten mit den Anwaltskammern zu vergleichen. Die Ehre der Ärzte ist gewiß keine andere, als die anderer Leute. Sie werden es auch hier nicht beanspruchen. Es sollen nur Verordnungen, welche nicht unter das Strafgesetzbuch fallen, getroffen werden. Es sind in Lübeck 80 oder 90 Verzetkammern, die hier in Betracht kommen. Die Verzetkammer für diese Vorlage stimmen, haben in der breitesten Öffentlichkeit gewirkt; sie lassen sich nicht knebeln. Das ganze Gegnerthum dieser Vorlage setzt sich aus den Naturheilvereinlern zusammen. Es ist noch niemals eine Sache so einseitig behandelt worden, wie diese seitens der Ortskrankenkasse. Dieselbe hat nicht einmal ihren Vertrauensarzt berufen. (Hört! hört!)

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

## Soziales und Parteilieben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In der Holz-

bearbeitungsfabrik von Salge in Steffen sind die erst vor Kurzem beigelegten Differenzen wieder ausgebrochen. Herr Salge hat die zwischen ihm und der Lohnkommission vereinbarten Friedensbedingungen nicht erfüllt. Die Arbeiter haben die Arbeit deswegen wieder niedergelegt.

Die Sperre über die Rauchwarenfabrik von Georg Debus in Marktstraße ist aufgehoben worden, nachdem Herr Debus sämtliche Forderungen der Arbeiter anerkannt hat.

Die angebrochte Auslieferung des Tischlers in Berlin ist eingetreten. Die Fabrikanten haben ihrem Schreiben gemäß alle Arbeiter ihrer Betriebe, die auf Lohn beschäftigt waren, Sonnabend entlassen, während die Altkorbedarbeiter nur so weit entlassen wurden, als ihre Arbeit beendet war. Gewerbegerichtsdirektor von Schulz hat beide Parteien bereits aufgefordert, Erklärungen dahin abzugeben zu wollen, ob sie die Vermittlung des Einigungsamtes anrufen wollen.

Die Galanterieschlosser in Wien haben den Arbeitgebern folgende Forderungen eingereicht: Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden, volle Bezahlung der Feiertage, Freigabe des 1. Mai, Abschaffung der Altkorbedarbeit.

**Die gesicherte Existenz der Arbeiter.** Am vergangenen Sonnabend wurde in der Handschuhfabrik von Edward Thomaß in Hayna sämtliche Handarbeiter entlassen und Dresseuren gekündigt, und zwar, wie das „Biegn. Tagebl.“ vernimmt, wegen Arbeitsmangels.

**Die Desertion der Seeleute in der deutschen Handelsmarine** nimmt von Jahr zu Jahr zu. Nach dem letzten Jahresberichte des Hamburger Seeamtes desertierten 1898: 811 Mann, 1899: 901 Mann, 1900: 1014 Mann, 1901: 1324 Mann und 1902: 1344 Mann. Ein sicherer Beweis für die schlechte Lage der Seeleute.

## Die Lehrersbraut.

Erzählung aus dem Kiez von Melchior Meyer.

21. Fortsetzung.

„Was giebt's denn?“ fragten Christine und die Waise zu gleicher Zeit.

Abelheid sah theilmehmend auf das Mädchen und sagte: „Sei froh, Christine, und wünsche dir Glück, daß du ihn nicht bekommen, daß du ihn noch zur rechten Zeit kennen gelernt hast! Besser ist's jedenfalls vor der Hochzeit, als nachher!“

„Ah so“, erwiderte das Mädchen, indem eine leichte Röthe über ihr blaßes Gesicht flog; „nun kann ich's erathen! Er hat sich mit ihr versprochen?“

„Das hat er gethan, und zwar an demselben Abend, wo du im ärgsten Fieber lagst!“

Frau Dahl sah die Ramsell vortwursvoll an und rief: „Das hättest du nicht sagen sollen. Wenn sie nun wieder schlümmer wird?“

Aber Christine hatte sich von dem Kanapee, worauf sie gesessen, rasch erhoben und rief: „Nein, das macht mich gerade gesund!“

Sie sah in der That genesen aus und athmete leicht, als ob sie von einer großen Last befreit wäre.

Und das war sie. Die Meldung hatte sie befreit von der letzten Ungewissheit in Bezug auf den Lehrer, von dem letzten Grunde, sich selbst mit der Vorstellung einer übereliten Handlung zu quälen. Was sie gedacht hatte, war nun bewiesen. Wenn er nur von ihr weggehen und mit jener sich verbinden konnte, dann hatte er schon lange keine Liebe mehr zu ihr, sondern zu jener; dann war er mit der Absicht zu ihr gekommen, Sündel zu suchen, um sie loszuwerden; dann hatte sie ganz recht gehandelt und das Beste gewußt. Nun war sie frei von ihm ganz und gar; sie war frei von Achtung und Liebe zu ihm, sie war frei von Haß

gegen ihn und von Eifersucht gegen sie. — „Mag er glücklich sein! mögen sie glücklich sein alle beide!“ das waren ihre Gedanken.

Wenn man nicht achtet, den kann man nicht hassen und nicht beneiden. Man fühlt ihn unter sich und machtlos und dürrstig bei allem äußern Glück.

Christine erklärte sich für gesund. Der Arzt, der bald darauf ins Zimmer trat, bestätigte dies und erlaubte ihr, an einem der nächsten Tage nach Hause zu reisen.

In einer Stimmung, die ihr selber anfiehl, mit einer Ruhe, die nur selten durch lebhaftere Empfindungen unterbrochen wurde, machte sich Christine zur Heimkehr bereit. Sie schloß mit ihrem Stadtleben gänzlich ab und hatte das Gefühl eines Wanderers, der sich nach langem Irrgehen wieder zurechtfindet. Er hat Zeit und Mühe verloren, er wird zu spät kommen, aber er ist doch wieder auf dem rechten Wege.

Nun war die Zeit gekommen, den Brief an ihre Mutter abzufassen. Sie meldete kurz, was in den letzten Wochen geschehen war, fügte aber dann alles hinzu, was sie für die Mutter tröstliches zu sagen wußte. Sie hob hervor, daß sie für die Stadt nicht passe, daß sie mit Forstner nie glücklich geworden wäre und dem Himmel danken müsse, noch zu rechter Zeit seinen Charakter kennen gelernt zu haben. Sie unterstrich die Nachricht, daß sie ihm aufgesagt habe, und daß sie ihn nicht mehr gemocht hätte, wenn er auch wiedergekommen wäre. Jetzt sei er mit seiner Wilhelmine verprochen, und das sei gut, denn die beiden taugten für einander und wären einander werth. Sie selber habe ihren Entschluß gefaßt, sie wolle nach Hause gehen und mit der Mutter überlegen, was zu thun sei. Glücklich wolle sie nicht mehr werden, aber verzagen wolle sie deswegen auch nicht. Sie wolle schaffen und arbeiten, wie sie's gelernt habe, sie wolle ihre Schuldigkeit thun und als ein rechtschaffnes Mädchen leben und sterben.

Vorsichtshalber trug sie den Brief selber auf die Post.

Durch die Aufschrift hatte sie dafür gesorgt, daß er sicher einen halben Tag vor ihrer Ankunft in die Hände der Mutter gelangte.

Als sie am zweiten Morgen nach ihrer Wiederherstellung aufgestanden war, ging sie im Unterkleid zu der alten Kommode, zog das oberste Fach heraus und lächelte mit einer seltsamen Mischung von Freud' und Leid. Die Bauernkleider, in denen sie hergekommen war, lagen darin. Sie nahm ein Stück nach dem anderen heraus, betrachtete sie, als sie auf dem Tisch ausgebreitet waren, mit einer Art von Feierlichkeit, und kleidete sich damit an. Als sie fertig war und in den Spiegel sah, schüttelte sie erst den Kopf, dann hing sie mit zufriedenen Blicken an dem Bild. Die Kleider waren ihr zu weit geworden und kamen ihr so im ersten Moment doppelt ungewohnt vor. Aber es waren doch die Kleider, in denen sie schöne Tage gesehen hatte — jetzt das Wahrzeichen einer verständigen Umkehr und eines neuen Lebens.

Groß war die Vertwunderung, als sie in diesem Anzug, allen unerwartet, in die untere Stube trat. Und sie wunderte sich nicht, als die faum Genesene der Waise erklärte, daß das Wetter so gut sei, wolle sie nicht nach Hause fahren, sondern gehen. In ihrer Krankheit sei Schuld gewesen, daß sie sich zu wenig Bewegung gemacht habe; das Gehen würde ihr gesund sein und sie würde sich's jetzt um keinen Preis abkaufen lassen. Alle Einreden der Sorglosigkeit waren umsonst, und man fügte sich endlich in ihren wiederholt erklärten Willen.

Nach dem Frühstück nahm sie die Waise mit auf ihre Stube, wo ihre Stadtkleider in drei verschiedenen Partien auf dem Kanapee lagen. Sie hat ihre Verwandte, die erst mit den werthvollsten Stücken zum Andenken von ihr annehmen und die beiden anderen der Ramsell Abelheid und der Enjaune zu übergeben. Das Sträuben der guten Frau wurde überwunden und die Einwilligung erzwungen. Die Geschenke, die sie von Forstner erhalten hatte, lagen an

**Gewerbegerichtswahlen** fanden dieser Tage in Me-  
staadt bei Koburg, einem Orte der Porzellan- und Spiel-  
waren-Industrie, statt. Die Theilnehmung war nur gering.  
Die von den organisirten Arbeitern aufgestellten Kandidaten  
wurden mit 17 gegen 2, bezw. 33-18 gegen 15 Stimmen  
gewählt. Als Kuriosum mag erwähnt werden, daß die  
Arbeitswillingen von zwei am Orte befindlichen Porzellan-  
fabriken eine eigene Kandidatenliste aufgestellt hatten, mit der  
sie natürlich kläglich durchfielen.

**Ueber Arbeitsordnung und Ueberschuß**  
hat das Gewerbegericht Hamburg im vorigen Jahre ein  
Urtheil gefällt, das damals in beiliegenden Kreisen ein ge-  
wisses Aufsehen erregte, weil es aus Anlaß der Klage eines  
Schiffbauers gegen die Werft von Blohm u. Voß gewisse  
Bestimmungen in Arbeitsordnungen für unzulässig zu erklären  
ließ, die auch sonst weit verbreitet sind. Jetzt liegt dieses  
Erkenntnis (ohne Namensnennung) in der neuesten Nummer  
des „Gewerbebericht“ vor, mit einer ausführlichen, bis ins  
Einzelne gehenden Begründung. Danach stellt sich der Sach-  
verhalt wesentlich anders, als nach den ersten Berichten. Auf  
der beklagten Werft besteht die auch sonst verbreitete Ab-  
rechnungsweise, daß der Affordarbeiter zunächst den Tagelohn  
erhält; bei Beendigung der Affordarbeit wird ihm das, was er  
über den Tagelohn hinaus verdient hat (Afford-Ueberschuß)  
nachgezahlt. Wird der Afford plötzlich abgebrochen,  
so muß der Arbeiter, wenn ihn die Schuld trifft, auf den  
schon erarbeiteten Afford-Ueberschuß gänzlich verzichten und  
sich mit dem bloßen Tagelohn begnügen. Geht die Ab-  
rechnung jedoch von dem Arbeitgeber aus, so steht dem keine  
entsprechende Vertragsstrafe gegenüber; der Arbeitgeber hat  
vielmehr nur den schon erarbeiteten Ueberschuß auszuföhren.  
Diese Arbeitsordnung bestand seit dem Jahre 1893 in un-  
angefochtener Geltung. Sie war seitens der Gewerbeinspek-  
tion und der Polizeibehörde nicht beanstandet und auch von  
dem Gewerbegericht selbst wiederholt angewendet worden.  
Da sich aus Anlaß jenes Einzelsalles innerhalb des Gerichts  
Zweifel über die Giltigkeit erhoben, so erweiterte sich das  
Gewerbegericht auf Grund des Hamburgischen Landesgesetzes  
durch Bezugnahme einer größeren Anzahl von Urtheilen (Ge-  
werbegerichts-Gesetz § 24, Abs. 3) und entschied zunächst die  
grundsätzliche Frage, ob eine Arbeitsordnung, die von den  
Bewaltungsbehörden genehmigt befunden wurde, von Ge-  
werbegericht gleichwohl noch nachzuprüfen sei, in bejahendem  
Sinne. Die oben genannte Bestimmung wurde aber nach  
genauer Prüfung für gültig erklärt. Denn durch die Ge-  
werbeordnung sei nur die Ungleichheit der Kündigungstermine,  
nicht aber die Ungleichheit der Kündigungsbedingungen unter-  
sucht. Außerdem sei die Ungleichheit nur scheinbar. Denn  
im Verhältnis zu den Bestimmungen des B. G. B. (Para-  
graphen 614, 628) enthalte es schon ein Entgegenkommen,  
daß dem Arbeiter im Falle seines vorzeitigen Rücktritts die  
wenigstens der Tagelohn unter allen Umständen bleibe.  
Trotzdem gelangte das Gewerbegericht in dem vorliegenden  
Falle dazu, die Anwendung für unzulässig zu erklären. Denn  
es handelte sich um einen Affordarbeiter, der zu Stunden-  
lohn versetzt war, dessen Affordarbeit durch andere Arbeiter  
vollendet wurde, und vor dieser Vollendung nach recht-  
mäßiger Kündigung die Arbeit verlassen hatte. Nach der  
Arbeitsordnung sollte auch in einem solchen Falle der Ar-  
beiter seinen Afford-Ueberschuß verlieren. Das erklärte das  
Gewerbegericht für einen Verstoß gegen das Lohnbeschlag-  
nahmengesetz, da der Arbeiter, der sich einer solchen Arbeits-  
ordnung unterwerft, im Voraus auf einen Theil seines Lohnes  
verzichte, was gesetzlich unzulässig sei. Der Beklagte  
hatte darauf hingewiesen, daß auch andere Werften, z. B.  
die Germania-Werft in Kiel die gleiche Bestimmung in ihrer  
Arbeitsordnung haben. Das Erkenntnis betonte dem gegen-  
über, daß die Kaiserliche Werft in Kiel, in welcher doch ge-  
wöhnlich eine strenge Disziplin erforderlich ist, eine gleiche oder  
ähnliche Bestimmung nicht kenne, und daß irgend ein sach-  
gemäßer Zweck einer derartigen Schädigung des Arbeiters  
auch nicht einzusehen ist. Trotz dieses Urtheilspruches ist  
in der Arbeitsordnung der beklagten Werft jene Einzelbestim-  
mung nicht gestrichen worden; doch ist sie, soweit bekannt ge-  
worden, nicht wieder zur Anwendung gelangt.

**Für unser Magdeburger Parteiblatt** wird wieder-  
einesmal eine Polizei-Aktion unternommen. Bekannt ist, daß  
schon in den Jahren 1897 und 1898 die Sachhandlung der  
„Volkstimme“ lange Zeit polizeilich bewacht wurde. 336  
Schilderlein hielten der Reihe nach getreulich die Wacht vor  
dem Laden und jagten jedermann weg, der sich die Anklage  
anschaen wollte. Diese Aktion hat dem Blatte sehr genützt.

einem Gedächtnis. Sie nahm der Base das Versprechen ab, ihm  
alle zusammen heute noch ins Haus zu schicken. Wenn er  
dafür die übrigen zurückende, so hätte sie den Herrn Bitter,  
sie zu befehlen. Sie würde kein Färschen von diesem Maase  
bei sich haben können.

Die Riste, in der sie ihre Habgierigkeiten vom Dorfe mit-  
gebracht hatte, stand gepackt in einer Ecke. Man sollte sie  
dem Fuhrmann übergeben, der am folgenden Tage die Stadt  
passierte. Es blieb nichts mehr übrig, als von der letzten  
Schleifung der Mutter die kleine Schlusschraube der Base  
zu begehren. Dies geschah, und das Bauernmädchen war mit  
der Stadt fertig.

Es war nach neun Uhr, als sie der kleinen Zahl ihrer  
schwachen Bekannten Lebenswohl sagte. Die gute Frau Kath  
und Sanna warnten, der Bitter hätte jechte Augen und  
Manjell Mithaid widersand mit Mäße dem Drang ihres  
Schicksals. Christine war über diese Reden wahrer Theil-  
nahme zu erheit, um gleich den andern weihen werden zu  
lassen. Sie gab allen die Hand, sah mit glänzenden Blicken  
der Liebe und des Dankes auf sie, und jetzt endlich flenden  
Tugenden auch in ihren Augen.

„Ich wohl, ich wohl, du gutes, liebes Kind!“ rief die  
Base, indem sie ihre Hand zärtlich gefaßt hielt. „Du hast  
hier eine gute Lage gehabt, du hast viel gelitten; aber die  
Wid's auch noch gut geben!“

„Mir wird's gehen, wie ich's verbiere,“ erwiderte  
Christine, „und anders verlang' ich's nicht!“

Nachdem nun einige Jahre darüber hingegangen, scheint etwas  
Ähnliches im Werke zu sein. Wie das Blatt berichtet, geht  
zur Zeit ein Polizeikommissar in den Gastwirthschaften um  
und fragt, ob die „Volkstimme“ abomirt wird. Die Aus-  
kunft trägt er sorgsam in eine Liste ein, die er bei sich führt.  
Die Umfrage kann natürlich nicht den Zweck haben, irgend-  
wem das Abonnement auf das sozialdemokratische Blatt zu  
verleiden, da die Polizei hierzu kein Recht hat, und so kann  
sie nur den Erfolg haben, auf das Blatt aufmerksam zu  
machen, daß es fleißig abomirt werde.

**Aus Mah und Bern.**

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.**  
Wegen Majestätsbeleidigung ist am 13. November v. J.  
vom Landgericht Posen der Schachmeister Gottfried  
Walbert zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt  
worden. Seine Revision wurde vom Reichsgericht verwor-  
fen. — Wegen desselben Vergehens ist in Glatz ein  
Steinbrucharbeiter zu 5 Monaten Gefängniß  
verurtheilt worden.

**Die Affäre der sächsischen Kronprinzessin** hat  
am Freitag in Dresden ein gerichtliches Nachspiel ge-  
habt. Die „Dresdener Rundschau“ hat in den ersten Tagen  
des Januar die Flucht der ehemaligen sächsischen Kronprin-  
zessin ausführlich behandelt und dabei die Polizei in scharfer  
Weise angegriffen. Durch diesen Artikel fühlte die Dresdener  
Polizei sich beleidigt und der Polizeipräsident stellte gegen  
den verantwortlichen Redakteur Adolf Goeß Strafantrag.  
Es waren 7 Zeugen erschienen, darunter auch der in der  
Kronprinzessinnen-Affäre vielgenannte Kommissar Schwarz. Das  
Urtheil lautete wegen schwerer Beleidigung der Polizeidirek-  
tion Dresden, insbesondere des Criminalinspektors Schwarz,  
auf sechs Monate Gefängniß. Ein von der Staats-  
anwaltschaft gestellter Haftantrag wurde von dem Gerichts-  
hof vorläufig abgelehnt. Es ist Berufung gegen das Urtheil  
eingelegt worden.

**Altenburgische Justiz.** Die Gerichte in Altenburg  
sind dafür bekannt, daß sie gegen unsere Parteigenossen mit  
sehr strengen Strafen vorgehen. Die dortigen  
Gerichte können aber auch Milde walten lassen, wie nach-  
stehender Fall beweist. Ein streifender Weber aus Meerane,  
ein armer 52jähriger Mann, der 12 Kinder zu ernähren hat,  
ging während des Streiks auf die abgeernteten Felder, um  
die Kartoffeln, die liegen geblieben waren, aufzulesen. Dies  
bemerkte der Sohn des Rittergutsbesizers Scheide in  
Ponitz, auf dessen Feld der Arbeiter gar keine Kartoffeln  
aufgelesen hatte, kürzte auf den bejahrten Mann  
zu, schlug ihn zuerst mit der Faust, dann mit  
einem Knüttel, warf ihn dann in den  
Strafengraben und hegte schließlich noch  
den Hund auf ihn. Für diese ungeheuerliche Rohheit  
erhielt der Mensch vom Schöffengericht in Schmölla S. A. —  
20 Mk. Geldstrafe! Als das Publikum seinem Unwillen laut Aus-  
druck verlieh, ließ der Amtsrichter einen Arbeiter vornehmen, um  
ihn zur sofortigen Vollstreckung einer Haftstrafe von einem  
Tag, wegen Ungebühr vor Gericht, abführen zu lassen! Der  
gerecht Empörte erhielt also eine schlimmere Strafe als jener  
Röhling. Welche Strafe würde wohl ein Arbeiter erhalten,  
der in dieser Weise einen alten Rittergutsbesizer mißhandeln  
würde?

**Die Uebersiedelung der Prinzessin Luise nach**  
Lindau i. B. Die jüngere Kronprinzessin Luise verließ  
Sonnabend Mittag die Materie und reiste nach Lindau am  
Bodensee ab, wo sie mit ihrer Mutter, der Großherzogin  
von Toskana, zusammentrifft. In Lindau dürfte die voll-  
ständige Verschönerung der Prinzessin mit ihrer Mutter er-  
folgen, wozu Kaiser Franz Josef seine Zustimmung erteilt hat.  
Prinzessin Luise bleibt bis nach ihrer im Mai stattfindenden  
Entbindung in der ihrem Vater gehörenden Villa am Bodensee,  
ihre Dienerschaft wird vom toskanischen Hofe gestellt.  
Giron ist amtlich das Betreten des bayerischen  
und österreichischen Bodens verboten  
worden.

**Bitte um eine große Strafe.** In Trier  
hat sich der sonderbare, aber nicht gar zu seltene Fall er-  
eignet, daß das Gericht von einem Angeklagten förmlich ge-  
beten wurde, ihn mit einer möglichst großen Strafe  
zu belegen. Vor der Strafkammer hatte sich der Hirten-  
knecht Gooßmann aus Oberkirch, der wegen vorsäh-  
licher Brandstiftung zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt  
wurde, noch wegen Sachbeschädigung zu verantworten. Gooß-

mann hielt eine längere Vertheidigungsrede, worin er auf  
seine verwahrloste Erziehung hinwies und dann, nach Trierer  
Blättern, wörtlich schloß: „Ich gestehe alle die mir zur Last  
gelegten Straftthaten ein und bin froh, daß ich im Gefäng-  
nis bin, denn dort lerne man Anstand und Bildung, Ord-  
nung und Fleiß. Auch hat man sein schönes Brod  
im Gefängnis; wenn ich heute entlassen  
würde, wüßte ich nicht, wohin. Ich nehme jede  
Strafe dankbar an, je höher, desto besser. Ich bitte nur,  
die Beschädigten, um Verzeihung bitten zu dürfen.“ Was  
dann das Gericht ihm eine zusätzliche Gefängnisstrafe von  
vier Monaten zukiftete, dankte Gooßmann dem Gerichtshof,  
der nicht gefühlt hat, weis böse Satire diese Bitte um hohe  
Strafe war.

**Ein Sittenbild vom Lande.** Die Strafkammer in  
Bamberg verurtheilte den Bauern Hofrichter wegen Miß-  
handlung seiner geisteskranken Frau zu 1½ Jahren  
Gefängnis, und dessen Dienstmagd Tragencranz zu neun  
Monaten Gefängnis. Beide hatten die bedauernswerthe  
Frau seit langen Jahren so unmenschlich behandelt, daß sich  
dieselbe öfters in den Wald flüchtete, wo sie tagelang um-  
herirrte. Die beiden Angeklagten wurden sofort in Haft ge-  
nommen.

**Ein neuer Klosterskandal.** Raun ist der Skandal  
von Mantes, durch den vor aller Welt die menschenver-  
dernde Ausbeutung enthüllt wurde, die in den Klöstern  
betrieben wird, vorüber, und schon ist ein neuer Skandal,  
bei dem fromme Diener Christi die Hauptrolle spielen, in  
Sicht. In Breff, der Hauptstadt der Bretagne, wo die  
Pfaffen die Herrschaft über die Massen noch vollständig in  
der Hand haben, sind zwei Brüder der dortigen  
christlichen Schule wegen unsittlicher Hand-  
lungen, begangen an ihren Schülern, verhaftet worden.  
Der Vater eines der Schüler hatte Anzeige erstattet; der  
Direktor des Schule versuchte ihn zur Zurücknahme der An-  
zeige zu veranlassen. Der Beschuldigte war entflohen, wurde  
aber von der Polizei ergriffen. Eine Anzahl Schüler ist  
von dem Untersuchungsrichter vernommen worden und es  
scheint, daß noch mehr der geistlichen Herren betheiligt sind.  
Die Aufregung unter der Bevölkerung in Breff ist eine sehr  
große; am 26. Februar fand eine Demonstration vor dem  
Kolleg statt, an der gegen 3000 Personen betheiligt waren.  
Gegen die Brüder wurden heftige Reden gehalten.

**Eine unerhoffte gute Wirkung.** In großen ameri-  
kanischen Städten, z. B. in New-Orleans und San Franzisko,  
hat man mit Erfolg die Straßen mit Erdöl oder anderem  
die Staubbildung verbinderndem Del besprengt. Der  
herliche Golden Gate Park Franzisko ist erst jetzt geworden,  
was er sein sollte, ein Erholungsort, seit man die Kunst-  
straßen und Hauptwege mit Del besprengt. Die Staubent-  
wicklung ist völlig beseitigt, bei Regenwetter wird das über-  
flüssige Del in die Kanäle geleitet und lödtet dort noch die  
zahllosen Insektenlarven, so daß auch die Mückenplage durch  
die Delbesprengung nun beseitigt wird. Jetzt ist Sidney dem  
Beispiele Amerikas gefolgt und die übrigen Großstädte  
Australiens wollen es nun auch thun. Diese Besprengung  
der Straßen mit Del hat nun aber noch eine andere staub-  
aufwirbelnde Ursache von den Straßen getrieben, nämlich die  
— schleppenden Kleider. Wo Mahnungen an die Frauen,  
auf die Gesundheit ihrer Mitmenschen Rücksicht zu nehmen,  
nichts fruchteten, wo die Hinweise auf die Unsauberkeit, die  
der aufwirbelnde Staub den Schleppenträgerinnen an eigen-  
nen Leibe verursachte, nicht wirkten, kurz, wo bisher Ver-  
munft nur tauben Ohren gepredigt wurde — da thut das  
Del seine Wirkung. Das Del hat sich auch in Schulen,  
großen Sälen und Arbeitsälen bewährt.

**Seiteres.** Ein Junge kauft in einer Apotheke eine  
Salbe; sie kostet fünfzig Pfennig. Als er sich da-  
mit entfernt hat, bemerkt der Provisor, daß ihm der Kleine  
nur ein Zehn-pfennigstück gegeben hat. Er sagte es  
dem anwesenden Chef und will dem Jungen nachsehen.  
„Weihen Sie nur hier,“ bemerkt der Apotheker, „wir  
verdienen immer noch fünf Pfennig daran.“  
(„Simplicitimus.“)

**Sternschau-Viehmarkt.**

Hamburg, 28. Februar.  
Der Schweinehandel verlief sehr flau.  
Zugeführt wurden 1300 Stück. Preis: Sengschweine  
— Mt., Verbandsschweine, schwere 50—52 Mt., leichte 49—51  
Mt., Sauen 48—47 Mt. und Ferkel 45—48 Mt. pro  
100 Pfund.

Es war in der zweiten Hälfte des März und der Tag  
wie zu einer Frühwanderung geschaffen, Frühlingssanft,  
nicht nur dem Kalender nach, sondern in der That. Der  
Winter hatte schon seit einigen Tagen weichen müssen, der  
Leut hatte das Feld besaunet, und schmetternde Lerchen  
verkündeten seinen Sieg dem Himmel und der Erde. Die  
Luft war milde, die Sonne von leichtem Wolken umzogen,  
ledig ihr Schein durchbringen konnte, wenn auch nicht ihr  
Bild, und der Weg trocken, hier und da noch gefeuchtet und  
weiß, dort schon bedeckt von Märzgras. Und Gras und  
Land, welche dieser bringen soll, waren reichlich verheizen  
in dem frühen Grün der Wiesen, in den Knospen der Bäume  
und Gesträuche.

Christine wanderte still weiter, die Straße weiter, auf  
weicher sie hertz-jahren war, und die sie nun zum erstenmal  
wieder sah. Ihr Mund sog die laurische Luft ein, ihre  
Augen schweiften amher auf dem Feld und den Waldstücken,  
die in der Landschaft hervortraten, und ihr Gesicht ward  
freundlicher bei diesem Anblick. Bald jähelte sie sich wieder  
hinetragend in ihr Inneres, sie überließ sich den Gedanken  
ihrer Seele und ging dahin wie eine, die im Traume  
wandelt.

Ein kleiner Bauernmädchen ist im benachbarten Franken-  
lande nichts Seltenes und kann schon darum nicht be-  
wundernswürth erscheinen, weil ihre Tracht von der dortigen  
knablichen nur wenig unterchieden ist. Aber Christine hatte  
in ihrem Leben etwas, das anfassend war und wirklich  
auffiel. Die Landleute die ihr begegneten, der Steinklopfer  
am Wege sahen sie an und grüßten sie theilnehmend. Als  
einer sie dem nach erhaltenem Deal fragte: „Wohin denn  
noch heute?“ und von ihr mit joser Stimme die Ant-  
wort erhielt: „Zu Nies,“ da betrachtete er sie noch ein-  
mal recht genau, bevor er weiter ging, schien aber doch

nicht mit sich einig werden zu können, was er aus ihr machen  
solle.

Infolge des Lebens in der Stadt und der Leiden, die  
sie darin ausgehalten hatte, war die Gestalt des Land-  
mädchens um vieles schlanker geworden, die Fülle des Ge-  
sichts war geschwunden, die Farbe, die ihr auf dem Dorfe  
ein so frisches Aussehen gegeben hatte, war gewichen, und  
die jehige Blässe nur von einem bräunlichen Hauch und in-  
folge des Gehens von einer leichten, flüchtigen Röthe be-  
deckt. Da sie den gestreiften „Kittel“ (das Gewand des Ober-  
körpers) offenbar nicht mehr ausfüllte, so sagte sich jeder, daß  
sie krank gewesen sein und viel ausgestanden haben müsse.  
Aber das war es nicht allein, was auffiel. Ihr bleiches  
Gesicht hatte einen Glanz, aus ihren feuchten Augen, wenn  
sie damit auf sah, ging ein Blick, und der ganze Kopf hatte  
ein Gepräge und einen Ausdruck, daß jeder augenblicklich  
sah, nicht nur, daß es ein schönes Mädchen sei, sondern  
auch, daß es mit ihr eine ganz besondere Bewandnis haben  
müsse.

Es war die Erfahrung ihres Geistes, welche dem Ge-  
sicht diesen Ausdruck ließ, es waren die Empfindungen und  
Bilder ihrer Seele, die es verklärten. Die Erdenlastere  
des Leibes war ihm abgenommen, aber sein Schein und  
sein Duft waren geblieben. Die Freude des Lebens, ja die  
Hoffnung auf sie war geflohen, aber ein stiller Frieden, ge-  
gründet auf das Bewußtsein, endlich recht und gut ge-  
handelt zu haben, waren eingezoget in sie. Eine Behnuth  
erfüllte sie, die etwas Süßes hatte, weil sie durchdrungen  
war von holdem Licht und getragen von einem erstarrten  
Geiste. Alles das weckte und nährte das Spiel der  
Phantasie, eine Träumerei, welche das Mädchen weiter  
und weiter zog und neue, wunderbare Welten ihrem Blick  
öffneter.

(Fortsetzung folgt.)